

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit „Mittelerer Sonntags-
 Beilage, Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Zeitung.
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 je ober deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Insetate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2. Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. **Donnerstag, den 9. August 1900.** Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3. Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Aus Liebnechts Wirken.

I.

Wer vermöchte in einem kurzen Zeitungsartikel Liebnechts Einfluß auf die Partei, die Bedeutung seiner Persönlichkeit für die Entwicklung und das Wachstum der deutschen Socialdemokratie zu schildern? Da muß man in der Hast des Tages mit Skizzenhaftem sich begnügen.

Als nach der Reaktionsperiode der fünfziger Jahre in Deutschland eine Arbeiterbewegung neu erwachte, als Lassaue in seinen Flammenworten, deren glühende, begeisterte Wirkung die Rekruten von heute kaum noch verstehen, die eine ganze Pflanzschule des Klassenkampfes und die Hunderte von socialdemokratischen Zeitungen vor sich sehen, die deutschen Arbeiter zur Organisation als Klassenpartei für den politischen Kampf aufgerufen hatte, da stellte sich in Reich und Glied wie der jüngste Rekrut auch Wilhelm Liebnecht, der eben erst von seinem Londoner Exil „heim“ geliehet war und eigentlich damals schon ein in Kämpfen erprobter Veteran der Socialdemokratie war. Und aus dem langen, verfolgungsreichen Schmerzweg von der Keilten, aber trotzdem gesüchteten und gehafteten Schaar überzeugungstreuer Idealisten bis zur großen, starken, über Massen gebietenden und ob ihrer Unbezwingbarkeit noch mehr gefürchteten Socialdemokratie von heute — der stärksten Partei des Reichs — giebt es keine Stätte des Kampfes, der Verfolgung, des Sieges, auf der nicht der Name Liebnecht — und jahrgelängelt untreubar mit ihm verbunden der Name Vebel unauflöslich eingegraben wäre.

Ein 21jähriger Idealist, dem die Liebe zur Freiheit und der Glaube an die Zukunft der Demokratie gleichsam angeboren war, stürzte er sich, ein Feuerkopf, in die 48er Revolution. Damals schon erfüllt von der Aufgabe, welche der Arbeiterklasse in dem Kampf für die freiheitliche Gestaltung des deutschen Vaterlandes zufallen mußte, damals schon durchglüht von dem Gedanken des Socialismus, die aus den Schriften Saint Simons, aus der zeitgenössischen Bewegung und Litteratur Frankreichs zu ihm nach Deutschland gedungen waren, machte er sich nach der Niederwerfung der Revolution sofort daran, als Präsident des deutschen Arbeitervereins Genf, die deutschen Arbeiterbildungsvereine und Handwerker-Vereine der Schweiz zu centralisieren, da traf ihn 1850 die Ausweisung aus der Schweiz und über Frankreich ging er nach London.

Dreizehn Jahre lebte und wirkte er in London: es war ein Fühlungsleben voll Entbehrungen, Enttäuschungen, aber mit Marx und Engels hatte er rasch die Fühlungshöhe auf ein Wiedererwachen der Revolution aufgegeben und war im „Kommunistenbunde“ der Verschwörungsspieler der Emigranten eingetreten; im kommunistischen Arbeiterbildungsverein begann er mit den Begründern der internationalen Socialdemokratie die langsame, mühevollen, undankbar erscheinende Aufgabe: die Arbeiter zur Socialdemokratie zu erziehen.

1862 ermöglichte es ihm die Amnestie, nach Deutschland zurückzukehren; er trat in die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein als Redacteur der auswärtigen Politik. August Brack, der 1848 noch gesungen hatte: „Wie färben rot, wie färben gut, wie färben mit Tyrannenblut“, hatte das Blatt gegründet, dessen Programm großdeutsch und demokratisch, ja sogar „republikanisch“ war. Im Herbst kam das Ministerium Bismarck aus Aachen, Brack trat in sogenannte intime Beziehung zur Regierung, und sofort legte Liebnecht seine Stellung nieder. „Raum war dies aus der Polizei bekannt“ — so jagte Liebnecht 1867 im Norddeutschen Reichstag in seiner Rede über das Freizügigkeitsgesetz — „so begannen gegen mich und meine Familie die polizeilichen Verfolgungen“; bis dahin hatte man ihn völlig unbehelligt gelassen; am 2. Juli 1865 wurde er als Ausländer — „wer nicht Preuze ist, ist Ausländer“, wurde ihm auf dem Polizeipräsidium erklärt — aus Berlin und Preußen ausgewiesen, weil er „lästlich geflossen“. Er ging nach Leipzig und gab 1866 die demokratisch-großdeutsch gehaltenen „Mitteldeutsche Volkszeitung“ heraus, aber bereits im September wurde sie von der preussischen Militärverwaltung kurzerhand unterdrückt.

Der „Norddeutsche Bund“ ward gegründet; die Amnestie in Preußen erlassen; auf Veranlassung Bismarcks mußte sogar die sächsische Regierung den sächsischen Nationalliberalen, die 1866 offen mit den Preußen fraternisiert und „Landesverrat“ getrieben, Amnestie gewähren; im Vertrauen auf die durch den Norddeutschen Bund geschaffene neue internationalistische Lage ging Liebnecht im Oktober nach Berlin, wurde verhaftet und wegen Bannbruchs nach 17 tägiger Untersuchungshaft zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In seiner oben citierten Reichstagsrede äußert er sich darüber:

„Man fragte, ob ich gegen dieses Urteil appellieren wolle. Meine Antwort war: wenn ich als Ausländer appellierte, müßte ich während der ganzen Prozeßverhandlung in Haft verbleiben, und die Verhandlungen würden sich wahrscheinlich viel länger hinauszuziehen, als meine Strafbast dauere. Also, erklärte ich, werde ich es umgekehrt machen, wie es gewöhnlich geschieht, ich werde erst die Strafe erziehen und dann appellieren.“

(Hört! hört! links)

aber nicht appellieren an die preussischen Richter, sondern an die öffentliche Meinung. Das habe ich gethan und das thue ich jetzt hier.

(Weiter rechts.)

Sie nehmen solche Dinge sehr leicht. — Ich kam nach Hause zurück, ich fand mein Weib sterbend, — sie ist gestorben, und diejenigen, welche mich ausgewiesen, mein Familienglied zerstört haben, sie haben den Tod meiner Lebensgefährtin auf

dem Gewissen! Das ist ein Fall! Ich bin nur einer von vielen! Hunderte — namentlich Arbeiter — werden alljährlich so traktiert. Arbeiter, welchen so mitgespielt wird, haben nur selten die Möglichkeit, die polizeiliche Verfolgung an die Öffentlichkeit zu bringen. . . .

Das war der „Rechtsstaat“, das war das „Reich“, in dem nach der Meinung der erfolgsberauschten Nationalliberalen sich alles das „herrlich zu erfüllen“ begann, wofür die 48er Freiheitskämpfer ihr Blut vergossen!

Aber wie eine Prophecie liest es sich, was Liebnecht am 6. November 1867 geschrieben: „Ich lebe der festen Ueberzeugung: die preussischen Arbeiter werden bevor lang zu machen, was die preussischen Junker verbrochen haben.“

Das Wachstum der Socialdemokratie hat es erweisen, wie recht Liebnecht in dieser Annahme hatte — und die Berliner Arbeiter haben es nach dem Tode ihres langjährigen Vertreters Hasenclever erweisen, wie hoch sie die Verdienste Liebnechts schätzten: sie gaben ihm im letzten Wahlkreise das höchste Ehrenamt, aber das sie verweigerten.

Der „Norddeutsche Bund“ hatte 1867 endlich das allgemeine Wahlrecht gebracht; schon zum konstituierenden Reichstag war Vebel in Glauchau-Meerane gewählt worden; im Herbst zum ersten norddeutschen Reichstag waren neben Vebel noch Liebnecht in Stollberg-Schneeberg, Schräps in Arminianen gewählt worden als Vertreter der sächsischen Volkspartei; von der ersten Stunde an aber traten Vebel und Liebnecht als Socialdemokraten im Reichstag auf, neben ihnen waren in Sachsen noch die Lassalleaner Jörderling und Rende gewählt, sowie Schweiger in Silberfeld-Barmen, Hasenclever in Daidburg und Reineke bezw. nach dessen Rücktritt Feigische in Zeinper-Metzmann. Im ersten deutschen Reichstag 1871 aber sah nur Vebel als der einzige Vertreter der Socialdemokratie.

Und damals war die Ausübung des Mandats nichts weniger als eine angenehme und erfolgversprechende Thätigkeit. Ein Wall von Vorurteilen, Haß und Verdacht des „liberalen“ Sitzertums und der Junkersippe, die ja in den Socialdemokraten nur geduldete „Einbringlinge“ erblicken wollten, stand ihnen Leuten entgegen; und außerdem bedurfte es ihrer ganzen Energie, Rücksichtslosigkeit und geistigen Ueberlegenheit, um auch dem bösen Willen der Majorität gegenüber sich zu behaupten. Die Situation war eine sehr schwüle; mehr als einmal wurden Liebnecht und Vebel in der rohesten Weise belächelt — der parteilichste aller Präsidenten war ja auch der liberale Herr v. Jordanbeck — um so begeisterter waren die Parteigenossen im Lande und um so gewaltiger die agitatorische Wirksamkeit der Reden unsrer Vertreter. Dugendmale wurden sie von der brutalen Majorität niedergedrückt — meinte doch einmal der konservative Herr v. Blankenburg, Vebel und Liebnecht verbannten es nur der Willkür und Geduld der Majorität, daß sie mit gesunden Knochen aus dem Saal herankämen. Und als Liebnecht am 28. November es gewagte, daß der Präsident dafür nicht ein Wort des Tadels hatte, vollführten die „gebildeten“ Vertreter des Reichs der Gottesurtheil und frommen Sitte einen minutenlangen Höllenstund, so daß die Stenographen längere Zeit nicht nachschreiben konnten. Allen Gewalten zum Troß sich erhalten

Minner sich beugen

Diesen Wahlpruch hatten unsre Vertreter sich erwählt und sie verteidigten sich ihr Recht und ihre Anerkennung als Gleichberechtigte. Freilich — auch das darf man heute sagen: Vebel und Liebnecht befanden einen Mut, der zur Bewunderung hinreißt; die bitteren Wahrheiten, die sie in rücksichtsloser Schärfe wie Pfeilschlebe der Majorität ins Gesicht warfen, hätte vielleicht auch kein andres Parlament ruhig hingenommen: parlamentarische Majoritäten sind gegen kleine Minoritäten immer brutal gewesen! Ihre Stellungnahme dem Krieg gegenüber, ihr motiviertes Votum gegen die erste Kriegsanleihe, ihr Protest gegen die Annexion von Belgien, ihr mannhaftes Eintreten für die Commune und die Kommunekämpfer, zu einer Zeit, wo der Ordnungseifer und der „Patriotismus“ förmliche Orgien feierten — alles das sind Ruhmesthaten, die ihnen nicht nur die Anerkennung der deutschen, sondern der Socialdemokratie der gesamten Welt verschaffte.

Und wie änderten Liebnechts Worte bei der Militärbeste 1867, als die Majorität ihn wieder niederzuschreiben versuchte:

„Ich spreche von dieser Stelle, wo alle in Lande Preußen noch Redefreiheit besitzt, nicht zu Ihnen: ich sage es Ihnen offen: ich spreche zum Volke da draußen!“

„Es giebt aber bloß einen Kitt, welcher Staaten für ewig verbindet: das ist Gerechtigkeit und Freiheit!“

„Eine sehr hochgestellte Persönlichkeit hat das Wort ausgesprochen: „Die Weltgeschichte kann nicht still stehen.“ Meine Herren, sie steht nicht stille, sie wird hinweggeschritten über Ihr Gewaltwerk — diesen Nordbund, welcher nichts anderes bedeutet als die Zerstückung, Anechtung und Schwächung Deutschlands; sie wird hinweggeschritten über diesen Reichstag, der nichts anderes ist als das Feigenblatt des Absolutismus.“

(Stürmische Anrufe. Wiederholte Rufe rechts: Herunter von der Tribüne! Was kann er noch sagen!)

Bei der Debatte über die neue Reichsverfassung am 9. Dezember 1870 sagte Liebnecht seine Stellung in die bekannten Worte zusammen:

„Die Krönung des neuen Kaisers, meine Herren, sie wäre, um ihr eine würdige symbolische Bedeutung zu geben, vorzunehmen da draußen auf dem Gendarmenmarkt; das ist der passendste Ort für die Krönung des modernen Kaisers, denn dieses Kaiserthum kann in der That nur durch einen Gendarmen aufrecht erhalten werden. . . .“

„Es handelt sich um einen Kampf zwischen Demokratie und Absolutismus, das wissen die Herren so gut wie wir. (Zur Rechten.) Im Jahre 1849 haben wir uns auf den Schlachtfeldern gegenüber gestanden (oh! oh!); nicht in diesem Reichstag wird die deutsche Frage gelöst; sie wird zwischen uns auf dem Schlachtfeld gelöst werden.“

Wir führen diese für die damalige Lage der Dinge charakteristische Stellen nicht an, als ob sie die bedeutungsvollsten in der reichen und erfolgreichen parlamentarischen Thätigkeit unsres „Alten“ gewesen wären, sondern um den Genossen von heute ein Augenblicksbild aus jener blüthgeschwängerten politischen Atmosphäre zur Zeit der Reichsgründung vorzuführen und an ihnen zu zeigen, welche hoher Namensdumt dazu gehörte, einer siegestrunkenen national erregten Majorität solche Dinge zu sagen.

Alle Verleumdungen, alle Schmähungen, alle Lügen, die sich erfinden lassen von politischem Hass und ehrloser Gesinnung; hohelicht fielen sie mehr als ein Pfeil auf Liebnecht nieder; der Mann, den nur die Liebe zu seinem um die Freiheit ringenden Mitbürger und zu seinem der Freiheit und besseren Zuständen wirklichen Vaterlande zu solchen bitteren Worten trieb, er mußte sich von allen Goldschreibern und Raupriestern der Staatspfründen den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit, eines vaterlandslosen Gesellen machen lassen; der Mann, der ein geradezu ideales Familienleben führte, wurde als Zerstörer der Familie hingestellt; der Mann, der jahrgelängelt untreu und für ein Vettelgehalt sein ganzes Dasein der Sache der Arbeiter widmete, er „müßte sich von den Großen der Arbeiter“, ja, der Mann, dem selbst seine erbitterten Feinde die absolute Unbeliebbarkeit zugestanden — er müßte sich von einer nationalliberalen — in Bismarcks Reptilsolde stehenden — Korrespondenz den Vorwurf machen lassen, als triebe er seine Opposition gegen Regierung und Parlament im Solde und Dienste des Auslands!

Andgebungen der Trauer.

Das Ableben unsres Genossen Liebnecht hat nicht nur in Deutschland, sondern ausserhalb im Ausland Bestürzung und Trauer hervorgerufen. Aus allen Ländern, wo socialdemokratische Genossen wohnen, laufen bei unsrer Redaktion Telegramme ein, die diesen Gefühlen Ausdruck geben, ganz abgesehen von den zahllosen Beileidskundgebungen, die im Trauerhaus selbst eingetroffen sind. Wir geben hier einige der uns zugegangenen Beileidsgramme — soweit sie in fremden Sprachen abgefaßt sind, in deutscher Uebersetzung — wieder.

Aus Frankreich telegraphiert die Redaktion der „Petite Republique“:

Wir nehmen alle den tiefsten Anteil an Eurer Trauer, welche gleichzeitig diejenige der internationalen Socialdemokratie ist. Wiederliche Grüße!

Die Deputierten Guede und Lafargue telegraphieren für den Nationalrat der französischen Arbeiterpartei:

Die französische Arbeiterpartei ist mit der deutschen Socialdemokratie einig in der Trauer, von der die Socialdemokratie der ganzen Welt getroffen worden ist.

Die Angehörigen der französischen Arbeiterpartei in Mont-Luçon und das hiesige Parteiblatt sind einig mit dem Proletariat der Welt in der Trauer um den Soldaten der Revolution, Coustans, Bürgermeister.

Von russischen Genossen liegen uns folgende Telegramme vor:

Der Vorstand des Bundes russischer Socialdemokraten und die Redaktion der „Rabotischeje Djeło“ betrauern mit dem internationalen Socialismus den Tod des glorreichen Vorkämpfers der deutschen Partei, der bis zum letzten Atemzug in der Uebersetzung stand. Das ausländische Komitee des jährlichen Arbeiterbunds Anghlands und Polens in Paris und die Redaktion des „Jüdischen Arbeiter“ geben ihrem tiefen Schmerz Ausdruck über den Tod des Veteranen des internationalen Socialismus.

Die deutsche socialdemokratische Studentenschaft aus Aachen drückt ihre tiefe Trauer aus über den unerlässlichen Verlust eines der energichsten und treuesten Kämpfer für die Befreiung des Proletariats und für die große Idee des Socialismus, der sein ganzes Leben lang treu auf seinem Posten verharrete.

Aus England verzeichnen wir die folgende Kundgebung, die uns durch Tom Mann übermitteln wird:

Der Transportarbeiter-Verband betrauert tief das Ableben Liebnechts und sendet der socialdemokratischen Partei und den deutschen Kollegen den Ausdruck aufrichtiger Sympathie.

Aus Italien gehen uns folgende Telegramme zu:

Die parlamentarische Fraktion der italienischen Arbeiterpartei schickt dem deutschen Proletariat den Ausdruck brüderlichen Beileids über den Tod des tapferen Kämpfers, dessen Beispiel die Socialisten der ganzen Welt gelehrt hat, ungerechte Verfolgungen zu ertragen und den Siege entgegen zu marschieren.

Unser Partei-Organ, der „Avanti“ in Rom, telegraphiert: Euer Schmerz ist auch der unsre.

Vom Genossen Labriola in Rom: Innige Teilnahme an der Trauer der deutschen Socialdemokratie für den treuen, wackeren, standhaften Vorkämpfer.

Aus Belgien wird uns berichtet, daß die Versammlungsstätten der Socialisten Trauerfahren ausgehängt haben.

Der Bürgermeister (Maire) von Roubaix telegraphiert uns:

Im Namen des Stadtrats (municipalité) von Roubaix bitte ich Sie, der Familie und den Freunden des Verstorbenen den Ausdruck unsres aufrichtigen Beileids auszudrücken beim Tode des tapferen Kämpfers für die Gerechtigkeit, der Liebnecht gewesen ist.

Von der Redaktion des „Peuple“ und dem Generalrat der Arbeiterpartei:

Der Tod Liebnechts hat uns schmerzlich bewegt und die Socialdemokratie Belgiens in Trauer versetzt.

Wie Ihr beweisen wir den Tod des guten und großen Liebnechts, und wir nehmen teil an dem Schmerz aller Socialisten. Der Sekretär des Raison du peuple in Brüssel.

Man schreibt uns:

Angehts der vorlauten Art, in welcher die Presse der Lloyd-Aktionäre alle diejenigen als „vaterlandlos“ ausschreit, die nicht mit Durra für das China-Abenteuer zu haben sind, ist in jenen Blättern bereits die Bemerkung gefallen, daß sich in jenen Kreisen Patriotismus und Geldverdienen deckt. Die Hamburger Schiffsreeder verdienen an den Truppen-Transporten nach Ostasien ungeheure Summen und der chinesische Krieg setzt sich bei ihnen Ende des Jahres in gesteigerte Dividenden um. Gleich nach Ausbruch der Wirren hatte das Reichs-Marineamt Verträge über Truppentransporte abgeschlossen mit dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie. Der Lloyd stellte sieben, die Hamburg-Amerika-Linie vier Schiffe. Das war aber nur vorläufig, denn es hieß gleich, daß für die Dauer des Krieges eine ständige Transportflotte von 30-40 Schiffen gechartert werden sollte.

Unter solchen Verhältnissen liegen in die Taschen der Hamburger Schiffsreeder Millionen und wir verstehen es vollkommen, wenn sie von Patriotismus überströmen und die „Rache“ ihnen nicht umklopfend genug sein kann!

Nun wird auch die regelmäßige ostasiatische Dampferverbindung, welche der Lloyd unterhält, zu einem profitablen Geschäft, denn es ist klar, daß auch diese Specialdampfer für die Dauer des Krieges mit Fracht usw. reich besetzt sein werden. Das giebt uns Veranlassung zu einer Anfrage:

Seit dem Jahre 1896 besteht zwischen dem Deutschen Reich und dem Lloyd ein Vertrag, laut welchem der Lloyd für die regelmäßige Dampfschiffverbindung, die er nach Ostasien unterhält, vom Reich eine jährliche Subvention von 4 090 000 M. erhält. Dieser Vertrag lief bis 1901. Bereits 1896 hatte der Lloyd an diesen Subventionen vom Reich die ungeheure Summe von 44,3 Millionen Mark erhalten. 1897, als der Lloyd sich verpflichtete, die Zahl der nach Ostasien fahrenden Schiffe zu verdoppeln, wurde die Subvention auf 5 500 000 M. jährlich erhöht, so daß von 1898 bis 1902 noch 34 770 000 M. mehr bezahlt werden, als das ohne dies der Fall gewesen wäre. Schon damals war im Reichstag nachgewiesen worden, daß die Zuschüsse des Lloyd an die Linie in den letzten fünf Jahren bis 1897 um 2,2 Millionen Mark zurückgegangen seien. Bis heute haben sich die Zuschüsse wiederum verringert, während gegenwärtig die Linie sogar sehr rentabel sein wird. Die Annahme des Vertrags durch den Reichstag 1897 hat denn damals auch eine bedeutende Steigerung des Kurswerts der Lloyd-Aktien herbeigeführt.

Die Frage ist wohl berechtigt: wie werden sich denn nun die „patriotischen“ Lloyd-Aktionäre verhalten? Wird ihr Patriotismus auch so weit gehen, daß sie nun, da sie durch die Truppentransporte so ungeheure Profite machen und die Ostasien-Linie durch die chinesischen Ereignisse wenigstens zeitweilig höchentabel geworden ist, auch — wenigstens zeitweilig — auf die Millionen-Subvention verzichten, diese Subvention, die das Reich auch aus den Taschen der Kerneisen nimmt, aus den Summen der indirekten Steuern und Zölle, die so schwer auf den Schultern des Volks wuchten?!

Christliche Nächstenliebe. Ein Küfergehilfe in Mainz war seiner Berufsorganisation beigetreten, worauf er, da er Mitglied des katholischen Gefellenvereins war, folgenden Brief erhielt:

Erhalte mir im Namen des Präses, einige Zeilen an Sie zu richten. Wie wir von zuverlässiger Seite gehört haben, sind Sie seit einigen Wochen Mitglied des Centralvereins deutscher Küfer. Wir fordern Sie deshalb auf, aus dem Verein auszutreten oder, wenn Sie andernfalls Sie aus unsemr ausschließen müssen, da jene Paragrafen den unsemr nicht passen. Ich bitte und mahne deshalb auf schriftlichem Wege, andernfalls möchte ich Sie in öffentlicher Versammlung als Roter proklamieren, oder auch andernfalls ihren Herrn Prinzipal darauf aufmerksam machen, was ich jedoch nicht hoffen möchte. Wir fordern Sie deshalb in Ihrem eigenen Interesse auf, sich von Jenen fernzubehalten und lassen Ihnen 8 Tage Bedenkzeit. Nach verlaufener Zeit werden wir Erkundigungen einziehen. Gott segne das ehrbare Handwerk!

Frankfurt a. M., den 1. 8. 00. gez. (folgt Name). In Vertretung erster christlicher Nächstenliebe will man den Mann bei seinem Unternehmer denunzieren dafür, daß er sich einer Gewerkschaftsorganisation anschließt. Die Denunziation soll doch wohl nur den Zweck haben, den Mann außer Arbeit zu bringen. Und das will andern Leuten Religion aufdrängen.

China-Verber. In Schwiebus, so wird uns geschrieben, ist am Freitag und Sonnabend ein Polizeibeamter zu 145 Gefreuten jüngerer Jahrgänge, meist Poliere und Artilleristen, gegangen und hat sie gefragt, ob sie nicht als Freiwillige mit nach China wollten. Die unzer Gewährungsmittel, ist ihm nicht ein einziger Fall bekannt geworden, wo die Frage Erfolg gehabt hätte.

Das Gift in der Armee. Der preussische Kriegsminister hat die bekannten Verordnungen gegen socialdemokratische Betätigung erneuert. Da erinnert die „Kriegszeitung“ an nachstehenden Brief des Generals v. Werder an den Fürsten Carol von Rumänien, datiert Berlin, 2. Juli 1878:

„Gott sei Dank, die Armee steht noch wie ein Fels im Meer da; geht Gott, daß es so bleibe! Alles, was man sieht, ist vorzüglich und herzerhebend; aber sehr vorsichtig und aufmerksam muß man sein, daß das Gift nicht in sie eindringt! Und die gefährliche Zeit wird erst da sein, wenn eine ungetaufte, wild und roh herangewachsene Jugend das militärische Alter erreicht haben wird! Vielleicht tritt inbald bis dahin eine Befestigung ein oder ein gewaltsamer Niedertour, den sich jetzt die Socialisten nicht ansehn; dazu sind sie zu klug.“

Die Zeit, die General v. Werder fürchtet, ist längst da. Die Armee rekrutiert sich zum großen Teil aus der wild und roh herangewachsenen Jugend. Trotz aller kriegsministeriellen Erlasse mußte daher das socialistische Gift immer weiter um sich greifen und es bleibt der größte Schmerz militärischer und nichtmilitärischer Socialisten, daß die Socialisten stets „zu klug“ geblieben sind, der Sehnsucht nach „gewaltsamem Niedertour“ Gelegenheit zu geben.

Anarchistenreiterei! Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Drüben in Oberkassel, auf der linken Rheinseite, wurden 3 italienische Arbeiter verhaftet, weil sie Sympathien für den Königsrath geäußert haben sollen. Man hat wieder einmal großen Bedarf nach Schauernächten.

Aus Oeffen. Zum Präsidenten des Finanzministeriums wurde der Oberbürgermeister von Oeffen, G. Naub, ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, ernannt.

Zur Illustration der Rechtszustände in Elsch-Lothringen bringt der in Reg erschienenen „Kritik“ „Vorrain“ den folgenden neuen Beitrag. Ein Ordensmann von den Weihen Bären in Alger, der aus dem lothringischen Dorfe Langenberg gebürtige R. P. Siem, wollte seine Eltern besuchen und kam zu diesem Zwecke an einem Abend der vorigen Woche von Paris auf der Grenzstation Deutsch-Brucourt an, wo er seinen Bruder mit dem für ihn bestimmten Aufenthaltserlaubnischein erwartete. Denn der Kreisdirektor hatte ihm, dem naturalisirten Franzosen, 48 Stunden Aufenthaltserlaubnis auf deutschem Boden gewährt. Infolge eines Mißverständnisses erwartete der Bruder den Ordensmann jedoch erst auf der einige Kilometer dießseits der Grenze gelegenen Station Gondange. Statt seiner empfängt den Reisenden in Brucourt ein Polizeikommissar. Nach kurzem Verhör wird der Rechtsahnende, der weder über die Grenze zurückkehren noch seinem Bruder telegraphieren darf, einem

Schmerz über den unvertretenen Tod ausgesprochen haben. Wir müssen darauf verzichten, diese Kundgebungen alle zu registrieren. Nur noch die folgende aus Neu-Hienburg:

„Der Familie Liebnecht den Ausdruck aufrichtiger Trauer über das Hinscheiden des ersten Reichstags-Abgeordneten unfres Kreises. Die Genossen von Neu-Hienburg.“

Politische Ueberfahrt.

Berlin, den 8. August.

Die öffentliche Meinung über Liebnecht.

In den Nachrichten unserer Parteipresse befindet sich die tiefe Trauer, die allerorts die deutsche Arbeiterschaft erschüttert ob des schweren Verlusts, der sie betroffen. Wir werden morgen einige Äußerungen dieses großen und allgemeinen Schmerzes wiedergeben.

Die gesamte übrige Presse aller Orte und aller Parteien beschäftigt sich gleichfalls mit dem Ableben des Manns, der in die deutsche Geschichte des letzten Halbjahrhunderts so bedeutend eingegriffen hat. Nur die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ scheint durch eine kurze Notiz von wenigen Zeilen zeigen zu wollen, daß sie voll Scham vor dem Gedächtnis des Manns steht, der einst ihr Redacteur war, aber sich nicht kaufen ließ gleich den andern. Die übrigen Blätter bringen größere Notizen und Betrachtungen über Liebnechts politische Bedeutung. Die Blätter der Reaktion verfolgen ihren bestgehörten auch noch über den Tod hinaus vielfach mit böswilligem Schmäh, doch selbst das schamhaftigste muß Halt machen von der Reinheit des Charakters des Verewigten; selbst die „Berliner Neuesten Nachrichten“ gestehen: „Das eine Gute aber können auch wir ihm an der Wahre zugestehen; was er sagte und that, das kam aus voller Ueberzeugung, egoistische Geschäftspolitik war ihm persönlich fremd, er war ein unermüdlicher Arbeiter und Agitator. Eine um so bedeutendere und gefährlichere Stellung konnte sich Liebnecht erringen.“ Die linksliberale und Gegnerschaft würdige Betrachtungen voll Anerkennung für die demokratische Presse bringt fast durchweg, unter Wahrung der politischen geschichtliche Bedeutung und die persönliche Größe des Verewigten.

Auch aus der ausländischen Presse liegen bereits einige Nachrichten vor: Die „Independance Belge“ sagt: „Mit Liebnecht verschwindet einer der interessantesten selbstlosesten Zeitgenossen. Für die deutsche Socialdemokratie ist sein Tod ein unerwünschter Verlust.“ In der schwarzgetänderten Extra-Ausgabe unfres Brüsseler Brudersorgan „Peuple“ heißt es: „Den Väter der arbeitenden Klassen betrauern die Socialisten der ganzen Welt.“

Zur Bremerhavener Kaiserrede.

Die statt besuchte Generalversammlung der Zahlstelle Bremerhaven des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes vom 4. August 1900 erklärte einstimmig vor den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Deutschlands und des Auslandes:

„Die Vorarbeiter der Tisler der Norddeutschen Lloyd, welche der deutsche Kaiser gestern abend hier selbst in Gemeinschaft mit andern Vorarbeitern gleichsam als die Vertreter der an der Fertigstellung der Truppen-Transportschiffe für die ostasiatische Expedition beschäftigten gewesenen Arbeiter deloriert, und denen er seine Zufriedenheit ausgesprochen hat, daß sie nicht dem schlechten Beispiel der durch vaterlandlose Agitatoren verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seien, sondern durch die prompte und pünktliche Fertigstellung der Schiffe den Patriotismus der deutschen Arbeiter fester bewahrt“ hätten — diese Vorarbeiter gehören weder dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande noch einer andern gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisation an, und sind noch niemals in irgend einer Sache von den organisierten Tisleren des Norddeutschen Lloyd oder den organisierten Holzarbeitern der Unterweiser-Orte Bremerhaven, Geestmünde und Lehe als ihre Vertreter betrachtet worden. Die organisierten Holzarbeiter in den Unterweiser-Orten sehen daher die Delorierung und Belobigung dieser Vorarbeiter lediglich als eine persönliche Angelegenheit derselben an, und verwehren sich entschieden dagegen, mit den Delorierten identifiziert zu werden. Die Generalversammlung versichert die ausgesprochenen Werftarbeiter Hamburgs ihrer vollen Sympathie und ist überzeugt, daß die organisierten Holzarbeiter der Unterweiser-Orte, in die gleiche Situation gedrängt, der Fertigstellung der Truppentransportschiffe des Norddeutschen Lloyd gegenüber genau denselben Standpunkt eingenommen haben würden, auf den sich die Werftarbeiter Hamburgs bei der Fertigstellung der Transportdampfer der Hamburg-Amerika-Linie gestellt haben.“

Bei dieser Gelegenheit sei eine Fälschung der Thatsachen richtiggestellt, die sich die „Köln. Ztg.“ gestattet. Die „Köln. Zeitung“ giebt zu, daß der Ausstand der Rieter allerdings begonnen habe, als von den Chinatransporten noch keine Rede war. Infolge dieses Ausstandes hätten dann die Werften, die im Laufe der Zeit von ihren Arbeitern gelernt haben, einen Teil ihrer Arbeiter ausgesperrt. Weder der Ausstand der Rieter noch die nachfolgende Aussperrung eines Teiles der Arbeiter habe mit den Transporten etwas zu thun.

Nun laßen aber inzwischen die ostasiatischen Verwicklungen, und es waren Ausrüstungsarbeiten an den Transporten vorzunehmen. Hier wäre es unbedingt Pflicht der Arbeiter gewesen, die Arbeit ohne weiteres zu übernehmen; aber statt des zu thun, haben sie gerade diese Arbeiten verweigert, weil sie sich sagten, daß sie auf diese Weise wohl einen Dreck auf die Werften ausüben könnten. Um diese Lage kommt der „Vorwärts“ mit allen Sophismen nicht herum: die Hamburger haben die Fertigstellung auf Staatswerten geschiedt werden müssen. Das ist eine Thatsache, und wenn der Kaiser diese so kennzeichnete, wie er es gethan hat, so bestand er sich vollständig im Rechte, und der Vorwurf, daß des Kaisers Ratgeber ihn über den wahren Stand der Sache falsch unterrichtet hätten, ist ganz und gar hinfällig.“

Jedes Wort fast der „Kölnischen Zeitung“ ist eine Lüge; wahr ist lediglich, daß der Ausstand der Rieter vor der Expedition nach China erfolgt ist. Dagegen sind die Aussperrungen durch die Unternehmer erst begonnen, als die Transportschiffe schon gechartert waren. Wenn die „Kölnische Zeitung“ es nun angehts der chinesischen Wirren für eine unbedingte Pflicht der Arbeiter erklärt, die Arbeit ohne weiteres zu übernehmen — will fragen: die Arbeit der streifenden Rieter durch Streikbrecher — so ist das einmal an sich unsinnig, dann aber war zu dieser „patriotischen“ Hülfsleistung aus dem einfachen Grunde keine Veranlassung, weil die Rieter gar nichts mit den Arbeiten an den Transportschiffen zu thun hatten. Es bleibt dabei, daß einzig und allein die Unternehmer vaterlandlos verfahren sind. Es bleibt dabei, daß der Kaiser falsch informiert war. Und jetzt können wir hinzufügen, daß die „Kölnische Zeitung“ auf die Ehre Anspruch erheben darf, als Organ der falschen Informatoren zu gelten.

Aus der Schweiz: Die Angehörigen der socialistischen Arbeiterpartei in Genf senden den deutschen Socialisten den Ausdruck der größten Sympathie gelegentlich des Verlusts, von dem die deutschen Arbeiter getroffen worden sind.

Aus den skandinavischen Staaten verzeichnen wir folgende Beileidstelegramme:

Kopenhagen. Deutsche Brüder und Parteigenossen! Mit tiefster Wehmut erfahren wir, daß der alte Liebnecht aus unfren Reihen weggerufen wurde. Mehr als ein halbes Jahrhundert kämpfte er, der Soldat der Revolution, der Führer des Proletariats für die internationale Sache des Proletariats. Ein ewiges Andenken hat er sich in dem Herzen aller Armen geschaffen. In seinem Geiste marschieren wir begeistert weiter dem großen Kulturziel entgegen. Für die socialdemokratische Arbeiterpartei Dänemarks. P. Knudsen. Ehre dem Andenken des treuen, klugen, unermüdblichen, unvergleichlichen Vorkämpfers der Völkerbefreiung, des Soldaten der Revolution. Die Socialdemokratie der ganzen Welt vereint sich in Trauer mit den deutschen Genossen. Hjalmar Brauning, Abgeordneter für Stockholm.

Gothenburgs Arbeiter trauern am Grabe eines der edelsten Kämpfers des Proletariats. Ah Tids-Redaktion.

Stockholm. Unfren deutschen Parteigenossen bringen wir die Ausdrücke unfren tiefen Teilnahme an der Trauer, die durch den Tod Wilhelm Liebnechts die Socialdemokratie nicht nur Deutschlands, sondern auch der ganzen Welt betroffen hat. Kämpfer und Denker im Leben, wird er ein Vorbild bleiben für uns alle. Vorstand der socialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens.

Die rumänischen Genossen telegraphieren: Wir weinen mit Euch am Grabe des Führers. Ein andres Telegramm aus Rumänien lautet:

Die Socialdemokratie Rumaniens nimmt lebhaft teil an dem Schmerz, den die internationale Socialdemokratie durch den Tod ihres tapfersten Soldaten getroffen hat. Das Exekutiv-Komitee.

Eine besonders große Zahl von Trauerkundgebungen ist uns aus Oesterreich und Ungarn zugegangen. Wir verzeichnen die folgenden:

Mit Euch betrauert Euren Verlust die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ und Wien.

Wien. Auf das tiefste erschüttert über den unerklärlichen Verlust, welchen die Bruderpartei in Deutschland und die internationale Socialdemokratie der ganzen Welt durch das Ableben unfres geliebten Wilhelm Liebnechts erlitten haben, bitten wir die deutschen Parteigenossen, unser innigstes Beileid entgegenzunehmen. Die Exekutive der czechoslovakischen-socialdemokratischen Partei in Oestreich. Anlässlich des Todes unfres benährten Führers unfres tiefstes Beileid. Die deutschen Parteigenossen Prag.

Prag. Ueber das Ableben des Kämpfers des internationalen Proletariats, Genossen Wilhelm Liebnecht, spricht das czechische socialdemokratische Personal der Bezirks-Krankenkasse in Prag sein tiefgefühltes Beileid aus.

Reichenberg. Die Centralleitung des Landesvereins der Textilarbeiter für Böhmen drückt der deutschen Arbeiterschaft über den schweren Verlust, den sie durch den Tod des wackeren Genossen Liebnecht erlitten hat, das tiefgefühlteste Beileid aus.

Anlässlich des Ablebens des unermüdblichen Kämpfers für Freiheit und Gerechtigkeit, des Genossen Wilhelm Liebnecht, drücken wir der deutschen Arbeiterschaft unser innigstes Beileid aus. Auch wir trauern um ihn, denn er starb nicht nur dem deutschen, sondern dem Proletariate der ganzen Welt. Redaktion „Der Textilarbeiter“, Reichenberg in Böhmen.

Das Volk von Trient nimmt teil an der Trauer der deutschen Socialdemokratie.

Eine große Zahl von Telegrammen liegt speciell aus Ungarns Hauptstadt Budapest vor.

Gebrochen von der erschütternden Trauernachricht können wir nichts anderes, als teilzunehmen an Euren Schmerz. Auch uns ist er gestorben, aber auch bei uns wird sein Name fortleben und der Gesterbene als Vorbild dienen jedem, der für Menschenrecht und Völkerfreiheit kämpft. Die Parteileitung der ungarländischen Socialdemokratie.

Aus Anlaß des großen Verlustes, welcher dem Proletariat aller Welt durch das Ableben eines unfren Größten angefügt, drücken wir unser innigst empfundenes Beileid aus. Die Partei-Organisation des 7. Bezirks.

Die organisierten Buchdrucker Ungarns nehmen aufrichtigen Anteil an dem Schmerz, den das Proletariat der Welt durch den Tod Wilhelm Liebnechts erlitten. Sein Andenken wird fortleben, so lange für wahre Völkerfreiheit sich begeisterte Menschen leben. Tief bewegt und erschüttert, entbieten wir den letzten Gruß dem edelsten Reis des Freiheitsbanns, unfrem alten Liebnecht. Verein „Vorwärts“ in Budapest.

Gebet vor Schmerz über den Verlust Liebnechts, stehen wir da, erschüttert und gebrochen. Die Gewerkschaft der Tapezierer.

Den großen Verlust des kämpfenden Proletariats fühlen wir mit Euch. Die ungarischen organisierten Zimmerer.

Das Verlöschen der Flammenseele Wilhelm Liebnechts, des heldenhaften Kämpfers für die Emancipation der Arbeiterklasse, ist für uns ebenso ein Verlust wie für Euch. Die Drechslar Ungarns.

Die Budapestier organisierten Maurer trauern tieferschüttert von der unerwarteten Todesbotschaft mit Euch gemeinsam an der Wahre. Tieferschüttert erhalten wir Kunde vom Tode unfres Liebnecht. Wir empfinden über den herben Verlust, der mit Euch auch uns und vor allem unfre heilige Sache trifft, tiefsten Schmerz. Mit Brudergruß Die Gewerkschaft der Budapestier Tischler.

Die Hubschpost hat auch uns niedergeschmettert; den Verlust des alten Kämpfers beweisen wir mit Euch, in Eurer Trauer teilen wir uns. Der Name Liebnecht wird unvergessen bleiben im ganzen Ungarlande! Die Gewerkschaft der Klempner in Budapest.

Empfangt den Ausdruck unfres tiefgefühltes Beileids bei dem Hinscheiden des unerwünschten und unerklärlichen Vorkämpfers des internationalen Proletariats. Die organisierten Schneider Ungarns.

Lemberg. Wir empfinden sehr schmerzlich den Verlust, den der Tod des alten Vorkämpfers für Freiheit und Menschenrechte, des erprobten Freundes des polnischen Volks, verursacht hat. Die polnische socialistische Jugend.

Krakau. In tiefer Trauer überbendet die polnische Socialdemokratie Oestreich den Ausdruck des aufrichtigen Schmerzes am Sarge des Führers, Freundes und Genossen Wilhelm Liebnecht. Die polnischen Socialdemokraten beweinen den Verlust ihres treuesten und geliebtesten Kampfgenossen. Die polnische Parteivertretung.

Sisfol. Tief erschüttert von dem Ableben des heroischen Vorkämpfers des Proletariats überbendet den Ausdruck innigsten Beileids. Mit Brudergruß im Namen der hier weilenden Genossen.

Von den Telegrammen, die der Familie unfres toten Führers direkt zugegangen sind, verzeichnen wir die folgenden: Die österreichischen Socialdemokraten aller Jungen bitten Sie, ihr tiefes Beileid entgegenzunehmen. Das Proletariat aller Länder trauert an der Wahre Ihres dahingeschiedenen Gatten. Die Gesamtexekutive der Socialdemokratie in Oestreich (Wien).

Ihr Schmerz wird geteilt von Millionen in der ganzen Welt. Trauend geloben wir unerwünschten Nachbeter dem großen Toten. Arbeiter-Bildungsverein St. Gallen.

London. Die Redaktion und das Personal der „Justice“ sendet innige Teilnahme.

Nach Hunderten zählen die sonstigen Telegramme, die der Gattin des Dahingegangenen und unfren Redaktion aus dem In- und Auslande zugegangen sind. Aus dem Deutschen Reich sind es besonders die Redaktionen der Parteizeitungen, die Partei-Organisationen, Kollegen und Freunde des Verewigten, politische und gewerkschaftliche Vereine, die ihren

Gendarmen übergeben. Dieser führte ihn in das nahegelegene Gefängnis ab, wo er bis 4 Uhr morgens verbleiben muß. Dann wird er unter Verwahrung ins Kantonalgefängnis von Locquim verbracht. Endlich, um 6 Uhr abends, befreit ihn ein telegraphischer Befehl des Kaisers. Von den ihm gewährten 48 Stunden hat der Vater also die Hälfte „abstipen“ müssen. Und das alles im Lande der „besten Rechtsgarantien“! —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wegen „Gutheißung des Attentats“. In Wien fanden drei „Anarchistenprozesse“ statt. Die Angeklagten sollen das Attentat auf König Humbert gebilligt haben. Die „Wiener Arb.-Ztg.“ berichtet darüber:

Zuerst wurde der bisher unbescholtene Pferdewechter Kaspar Varga vorgenommen. Die Verhandlung gegen ihn war geheim, da er sich auch der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben sollte. Varga ist ein junger Mensch, der nur gebrochen deutsch spricht. Er hat keine Schule besucht und ist fast Analphabet. Er behauptet, daß er angetrunken war, als er die kritische Äußerung machte. Zwei Zeugen bestätigten die Anklage. Sie hatten die Anzeige erstattet, weil sie den Varga ernst genommen hätten und fürchteten, daß er auch ein Attentat plane.

Staatsanwalt v. Alceborn sagte, es sei tief bedauerlich, daß es Menschen giebt, die solchen Thaten zustimmen. Menschen von solcher Gefährlichkeit müsse man denn auch für fähig erachten, selbst so schreckliche Thaten zu vollbringen oder wenigstens ihre moralischen Urheber zu sein.

Der Gerichtshof sähen diese Auffassung zu teilen und verurteilte den Varga zu achtzehn Monaten schweren Arrests und zur Landesverweisung.

Der zweite, bisher ebenfalls unbescholtene Angeklagte Antonio Savioli leugnete, die in der Anklage inkriminierte Äußerung gemacht zu haben, und will nur gesagt haben: „Veser der König als ich selbst.“

Die Anklage wurde von zwei Zeugen unter Eid bestätigt. Toffoli gab an, er habe mit den Kameraden gesprochen, was für ein braver Mensch der König war, und gesagt, man solle alle Anarchisten töpfen. Darauf Savioli: „Veser den König.“

Savioli wurde zu vier Monat Arrest verurteilt.

Der letzte Angeklagte Alois Vogrig war ebenfalls bisher gerichtlich unbescholtener. Er soll in der Parade der Baumunternehmung Mella, als ein Kamerad sagte: „Wir scheinen, der Vogrig ist auch ein Anarchist, gerufen haben: „Hoch die Anarchie!“ Vogrig wurde zu fünf Monaten Arrest verurteilt. —

Frankreich.

Socialistische Einigung.

Paris, 7. August.
Die Verschmelzung der beiden Organisationen der „unabhängigen“ Sozialisten“ ist schon auf einem zu diesem Zweck einberufenen Kongress beschlossen worden. Nach dem principiellen Einigungsbeschluß, der Ende März l. J. auf dem Kongress der im allgemeinen gemäßigten Richtung der Unabhängigen gefaßt worden war, war das Verschmelzungsvotum nur noch eine Formfrage, die einstimmig bejaht wurde. Die gemeinsame Organisation trägt den Namen „Socialistische-Revolutionäre Föderation“. Die Bezeichnung „unabhängig“ wurde mit großer Mehrheit aus dem Titel ausgemerzt, da sie jeden Sinn verloren hat, ja nicht mehr werden konnte, seitdem ein Generalkomitee der Gesamtpartei existiert, in welchem auch die ehemaligen „Unabhängigen“ vertreten sind. Die Bezeichnung „revolutionär“ fand keinen Widerspruch mehr, indem auch der rechte Flügel seit dem erwähnten März-Kongress diese Bezeichnung im Titel führte.

Die Föderation soll umfassen politische Gruppen, Gewerkschaften, Genossenschaften und ganze departementale Föderationen. Sie wird geleitet von einem 25gliedrigen Föderalrat, dem das Kontrollrecht über alle Mitglieder, Gruppen und Vorkongresse der Organisation zusteht. Der Föderalrat darf vorkommenden Falls sein Kontrollrecht durch entsprechende Maßnahmen befähigen, die, mit Ausnahme des Ausschusses, sofort vollstreckbar sind unter dem Vorbehalt einer Berufung der Betroffenen an den Kongress. Ein Vorschlag, die Erwählten (Deputierten, Gemeinderäte usw.) principiell vom Föderalrat fernzuhalten, weil dieser über jene die Kontrolle ausüben hat, wurde abgelehnt. Andererseits soll die parlamentarische Fraktion der Föderation in jeder Sitzung des Föderalrates durch einen Deputierten vertreten sein. Tatsächlich ist in den Rat kein einziger Deputierter gewählt worden, wohl aber zwei Pariser Gemeinderatsmitglieder, die Genossen Ravarre und Ernest Moreau.

Der Föderalrat wählt aus seiner Mitte einen eigenen Verwaltungsausschuß.
Die Beiträge der Gruppen sind festgesetzt auf 50 Centimes (40 Pfennig) monatlich bis zu 25 Mitgliedern, 1 Franc bis zu 100 Mitgliedern und 2 Franc für eine mehr als 100 Mitglieder zählende Gruppe.

Zum Schluß, in der dritten und letzten Sitzung des Kongresses, wurde ein Sympathie-Votum für die streikenden Pariser Dreifach-Luftschiffe beschlossen und eine Resolution, in welcher von neuem dem Willen der Föderation Ausdruck gegeben wird, die Einheit der Gesamtpartei zu verwirklichen, und die andern Sonderorganisationen eingeladen werden, mit aller Kraft in diesem Sinne zu wirken.

In der Diskussion wurde noch betont, daß eine besonders starke Beteiligung auf dem internationalen Kongress wünschig sei, dagegen hätten sich sämtliche Gruppen der Föderation auf dem unmittelbar nach dem internationalen Kongress stattfindenden allgemeinen französischen Parteitag vertreten zu lassen. —

Rußland.

Die Kohlennot ist auch in Rußland sehr groß. Auf den Staatsbahnen, namentlich im Süden, wird im großen Umfange mit Holz, in noch größerem mit Kaphtharakohlen (Massiv) geheizt, die Gruben im Donetschden sind nach den Untersuchungen einer eigens dazu eingesetzten Kommission außer Stande, vor 4 bis 5 Jahren genügendes Heizmaterial zu liefern. Ebenso fehlt man in Kumanien die Lokomotiven mit Petroleumschächden, dessen Preis sehr gestiegen ist. Zum erstenmal wurden amerikanische Kohlen aus New-Port-News nach Arkonstadt verfrachtet. —

Afrika.

Imperialistische Korruption.

Als Lord Roberts, so wird der „Frankfurter Zeitung“ aus London geschrieben, Pretoria genommen hatte, meldeten die Telegramme aus Südafrika, daß die transvaalische „Volkstimme“ ihr Erscheinen eingestellt habe. Jetzt erfährt man über Holland, daß das Bureau derselben geschloffen ist und die Redacteurs teils geflohen, teils eingekerkert sind. Wer dieses Blatt kennt und Jahre lang geleitet hat, wird nicht verstehen können, warum das Blatt unterdrückt ist, und noch weniger begreifen können, warum die Redacteurs zur Flucht getrieben oder gar eingekerkert sein sollen. Die „Volkstimme“ war in erster Linie ein großes Geschäfts- und Annoncenblatt und daneben auch, was der Name besagt, eine Volkstimme, die in zahlreichem Umfang aus den Kreisen des Volkes wie auch in den redaktionellen Leitartikeln und Mitteilungen das wiedergab, was das transvaalische Volk dachte und empfand. Seine politische Haltung stimmte mit der Politik der Transvaalregierung überein, doch war das Blatt trotzdem kein offizielles Regierungsorgan. Seine Leitartikel gingen, soviel wir wissen haben, auch in der letzten Zeit nie von dem guten Tone ab, der sie immer kennzeichnet, und wenn sich heftige Anklagen gegen die Regierung des feindlichen Landes und gegen die Urheber des Kriegs in den Spalten der „Volkstimme“ fanden, so war das Verwehmaterial dafür mit deutlicher Quellenangabe und meist wirklich der „Truth“, dem „Randhester Guardian“, dem „Morning Leader“, „Melrolds' Newspaper“ und andern vielgelesenen englischen Blättern entnommen.

Die imperialistische Gewaltpolitik führt zum Umsturz aller freiherrlichen Grundsätze, die Englands Stolz waren. —

Boerenkrieg. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Lourenço Marques vom 7. August gemeldet: Die britischen Truppen rücken langsam gegen Mochodospur vor. Eine Kolonne geht von Widdelburg, eine andre von Siden her vor. Die Boeren leisten den vom Siden her kommenden Truppen nur geringen Widerstand.

Partei-Nachrichten.

Ein Parteitag für beide Mecklenburg und die freie Stadt Lübeck wird am 2. und 3. September in der Stadt Lübeck abgehalten werden. Es wird neben den geschäftlichen Angelegenheiten über Agitation und Organisation sowie über die Presse verhandelt werden.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— **Eine Beschlagnahme** erlitt die „Mannheimer Volkstimme“.

Sie schreibt darüber selbst:
„Abel mit dem Sabel. Unter dieser Stikmarke brachten wir in unserer Freitagss-Kummer im Kleinen Feuilleton einen der „Wiener Arbeiterzeitung“ und der „Münchener Post“ entnommenen humoristischen Drahtgruß des Münchener Centrumsabgeordneten Sidenberger und den Auszug einer Predigt, die der moderne Abraham a Santa Clara vor den Frauen und Jungfrauen Wiens über das Lügen hielt. Die Predigt und der Drahtgruß scheinen nicht der Verfall der sittenstrengen Mannheimer Staatsanwaltschaft gefunden zu haben, denn gestern morgen erschien ein Beauftragter der Polizei in der Redaktion der „Volkstimme“, um die Beschlagnahme der Freitagss-Kummer anzufordern und die noch vorhandenen Exemplare der betreffenden Nummer mitzunehmen. Die „Volkstimme“ soll sich wider den § 184 Abs. 1 des Reichsgesetzes vom 25. Juni d. J. vergangen haben. Der betreffende Paragraph handelt von der Herstellung und Verbreitung unsittlicher Schriften. Inwiefern in der Wiedergabe der Predigt eines frommen Vaters ein Sittlichkeitsverbrechen begangen werden kann, das zu beurteilen überlassen wir den ultramontanen Vätern. Sie mögen sich mit dem Herrn Staatsanwalt hierüber auseinandersetzen. Als eine Ironie des Schicksals muß es aber jedenfalls betrachtet werden, daß gerade eine Predigt als sittlichkeitsgefährdend erachtet wird und daß ein socialdemokratisches Organ wegen Wiedergabe der Predigt bestraft werden soll.“

— **Ueber die Thätigkeit des Reichstags** sollte der Reichstags-Abgeordnete Geber in Wittenberg S. W. reden. Die Polizei verbietet die Versammlung „aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohls“, weil die Versammlung nur den Zweck haben könne, „ein starkes Agitationsmittel für socialdemokratische Tendenzen zu bilden.“ Man darf also in Sachsen-Weimar die geleglichen Ziele einer missionarischen, in allen Parlamenten vertretenen Partei nicht vertreten und man darf auch nicht über die Thätigkeit des Reichstags reden. Dafür haben wir Verfassungen.

Waldersee Oberkommandeur in China.

Die deutsche Chinapolitik hat abermals einen Anlauf genommen, um die Spitze der Aktion zu gewinnen. Graf Waldersee hat den Posten eines Oberbefehlshabers der verbündeten Truppen in China übernommen.

Ist diese Nachricht in diesem Umfang wahr, und ist Graf Waldersee nicht etwa bloß zum Leiter der deutsch-russischen Campaigne ernannt, so setzt diese Ernennung die Zustimmung aller beteiligten Mächte voraus.

Graf Waldersee ist in hervorragendem Maße eine Verkörperung derjenigen Chinapolitik, die an maßgebender Stelle vertreten wird; er ist zugleich Krieger und Vetter, und darum wohl der Mann, der geeignet scheint, den Kreuzzug zu leiten.

Wie ist es aber zu erklären, daß die Uneinigkeit der Mächte schließlich sich auf diesen deutschen Oberbefehlshaber geeinigt hat, wenn dem jene Nachricht zutreffend sein sollte? Wir hatten kürzlich angeführt, daß die Stellung eines Oberbefehlshabers koalierter Mächte weniger ein strategisches als ein diplomatisches Amt sei, und daß sie deshalb keine Auszeichnung und Ehre, sondern eine sehr schwere und bedenkliche Belastung darstelle. Auf diesem Oberkommandierenden ruht die Verantwortung der ganzen Unternehmung, und wenn sie scheitert, wird die Nation, der er angehört, zugleich belastet. Insofern entspringt es einer vielleicht wohlüberlegten, aber nicht sonderlich freundlichen Tendenz der Mächte, wenn sie Deutschland reizen, sich in dem unabsehbaren chinesischen Abenteuer immer weiter zu exponieren.

Zugleich beweist die Entsendung Waldersees, daß Deutschland in der That eine Politik treibt, die nach kriegerischen Vorbeeren lechzt und dem Traumbild nachjagt, in China das ersuchte größere Deutschland zu erobern.

Allerdings geht Graf Waldersee erst innerhalb zwei Wochen nach China, wird demnach vor Ende September dort nicht eintreffen. Niemand weiß, wie sich die Dinge alsdann gestalten haben werden.

Die augenblickliche Kriegslage in China ist durchaus unklar. Die Berichte über die Kämpfe bei Tientsin lassen nicht mit Sicherheit erkennen, wer gesiegt hat. Die Depeschen sind mehr oder minder durch die Censur getrübt.

Aus Peking kommen wieder neue authentische Lebenszeichen von den Gefandten. Die Situation scheint dort unverändert.

Vom ersten Legationssekretär der deutschen Gesandtschaft in Peking v. Below ist im Auswärtigen Amt diese Nacht folgendes Telegramm, datiert Tientsin, 4. August, eingegangen:

„Seit 21. Juli Lage unverändert, weder Massenangriffe der Truppen auf uns noch Granatfeuer, nur vereinzeltes Gewehrfeuer. Der Gesundheitszustand der Gesandtschaftsmitglieder ist verhältnismäßig gut. Die Verwundeten sind auf dem Wege der Besserung, Cordes ist hergestellt.“

Ähnliche Meldungen sind von den andern Gefandten eingetroffen. Im englischen Unterhaus teilte Brodrick am Mittwoch mit:

Wir haben ein Telegramm in Chiffren von Macdonald erhalten, datiert von Peking 3. August, welches lautet: „Ich habe heute Ihr durch den chinesischen Gefandten befördertes Chiffre-Telegramm erhalten. Das Geschützfeuer hat am 16. Juli aufgehört, aber das Gewehrfeuer wurde seitdem von der chinesischen, durch Regierungstruppen und Vozers gehaltenen Stellung in Zwischenräumen fortgesetzt. Wir erlitten dadurch geringe Verluste. Folgende Engländer sind getötet: Warren, David, Diphant und Kapitän Strouts, verwundet 26 Engländer, darunter Kapitane Halliday und Brah und der Times-Korrespondent Morrison. Alle Verwundeten sind mit einer Ausnahme wohlaut. Die übrigen Engländer in der Gesandtschaft befinden sich wohl, ebenso die ganze Besatzung. Der Gesamtverlust beträgt 60 Tote und 116 Verwundete. Wir haben unsere Befestigungen verstärkt und haben in der Gesandtschaft über 200 Frauen und Kinder. Die chinesische Regierung verweigerte uns bisher die Erlaubnis, Chiffriert zu telegraphieren.“ Hieraus ergibt sich, bemerkt Brodrick, daß Macdonald wohlgehalten ist. (Beifall.)

Ferner wird aus Washington telegraphiert: Das Staatsdepartement empfing von dem amerikanischen Gefandten in Peking Conger folgende Depesche:

Wir werden noch belagert, unsere Lage ist bedenklicher geworden. Die chinesische Regierung besteht darauf, daß wir Peking verlassen, doch würde das unser sicherer Tod sein. Die kaiserlichen Truppen richten täglich Gewehrfeuer auf uns. Es fehlt uns nicht an Munition, doch haben wir wenig Munition

und Munitionsvorrat. Zwei fortschrittliche Mitglieder des Tzung-Ho-Namens sind geköpft worden. Alle Angehörigen der amerikanischen Gesandtschaften befinden sich gegenwärtig wohl.

Diese Depesche Congers ist nicht datiert, doch wurde sie wahrscheinlich nicht vor dem 30. Juli und nicht nach dem 2. August abgefaßt.

Das italienische Ministerium des Aeußern hat auf direktem Wege eine mit der Unterschrift des italienischen Gefandten in Peking, Salvago Maggi versehene Chiffrierte Depesche erhalten, welche kein Datum trägt und durch das telegraphische Bureau des Tzung-Ho-Namens in Peking übermitteln ist. Salvago Maggi bestätigt darin die Ermordung des deutschen Gefandten und berichtet, daß die belgische, österreichisch-ungarische und italienische Gesandtschaft geräumt seien. Das Personal der Gesandtschaften habe sich mit den Missionären und den sonstigen fremden Staatsangehörigen in die britische Gesandtschaft geflüchtet, in welcher jetzt 700 Ausländer versammelt seien. Es scheint, als ob die katholischen Missionen im Norden der Stadt noch verteidigt würden. Der Saal derselben werde von 30 französischen und 10 italienischen Marineoldaten besetzt. In der britischen Gesandtschaft seien noch auf 2 Wochen Vorräte vorhanden.

Der belgische Minister des Aeußeren hat ein vom 2. August datiertes „Joosten, belgischer Gefandte“ unterzeichnetes Telegramm erhalten, welches folgendem Inhalt lautet:

Vom 4. bis 16. Juni haben wir mit acht österreichischen Marineoldaten unsere Gesandtschaft verteidigt, doch konnten wir sie nicht retten. Sie wurde niedergebrannt, ebenso wie die österreichische, holländische und italienische Gesandtschaft. Die französische Gesandtschaft liegt in Trümmern. Alle Fremden befinden sich in der englischen Gesandtschaft, wo sie von den chinesischen Truppen belagert werden. Vom 20. Juni bis heute sind von den Marineoldaten und Freiwilligen 58 getötet und 70 verwundet worden. Seit dem 17. Juli haben die Angriffe aufgehört. Die Lebensmittel sind fast erschöpft. Wir hoffen, nächste Woche befreit zu werden. Alle Belgier, die in Peking ihren Wohnsitz haben oder hierher geflüchtet sind, befinden sich wohl.

Die niederländische Regierung hat eine aus Peking (Tzung-Ho-Namens) 8. August 4 Uhr 45 Min. datierte Depesche erhalten, welche für authentisch gehalten wird. Die Depesche besagt, daß die niederländische Gesandtschaft am 22. Juni niedergebrannt sei und der niederländische Ministerresident und der Sekretär der Gesandtschaft wohlgehalten seien und kostten in vierzehn Tagen befreit zu werden.

Der japanische Konsul in Shanghai hat eine Depesche empfangen, welche besagt: Die fremden Gefandten in Peking waren am 1. August wohlgehalten. Ein Angriff wird sofort erwartet. Es bleiben für jeden nur 25 Patronen, die Vorräte reichen für sechs Tage aus. Ein japanischer Gesandtschaftssekretär ist seinen Verwundungen erlegen.

Der Vormarsch.

Die „Times“ berichten aus Shanghai vom 7. d. M.: Es ist nicht zu vermeiden, daß jeder Tag, an dem der Vormarsch verzögert wird, die Schwierigkeiten für die Entlastungstruppe bedeutend vermehren muß, da die Chinesen mit erneuertem Vertrauen erfüllt werden. Chinesische Beamte haben die Mitteilung erhalten, daß Li-ping-heng sich nach Tschiang-shan bei Pao-tung-fu begeben hat, um das Kommando über die Truppen von Tschili zu übernehmen.

Ein Telegramm desselben Blatts meldet aus Tientsin vom 2. August: Ueber die Frage des Vormarsches ist noch keine Regelung erzielt. Die Verzögerung kommt dem Feind zu gute, welcher Verstärkungen erhält und seine Stellung bei Weifang befestigt. Wahrscheinlich werden jetzt 15 000 Mann erforderlich sein, um Peking zu erreichen. In Peking stehen 25 000 Chinesen, Engländer, Amerikaner und Japaner drängen auf Aufnahme des Vormarsches, Russen und Franzosen erheben aber Einwendungen, da ihnen genügende Transportmittel fehlen.

Die Kämpfe bei Tientsin.

Ueber die Schlacht bei Weifang bringen die englischen Sensationsblätter Berichte, die sie ebenso erfunden haben, wie früher das Massaker in Peking.

Ein von dem österreichisch-ungarischen Kriegsschiff „Jenta“ eingetroffenes Telegramm besagt: Weifang am 5. August genommen, chinesischen Truppen flüchteten; von der „Jenta“ nahmen 60 Mann am Kampfe teil, bisher keine Verluste derselben bemerkt.

Diese Einnahme von Weifang hat aber nicht den Wert eines irgendwie beträchtlichen Erfolgs. Die Chinesen scheinen sich in einer unannehmbaren Position zu befinden, die stark genug ist, um den Vormarsch zu hindern. Die Mächte haben 1000 Mann bei Weifang verloren. Man weiß nicht einmal, ob die Truppen freiwillig Tientsin verlassen haben, um nach Peking zu marschieren, oder ob sie von den Chinesen genötigt worden sind, Tientsin aufzugeben. Nach einer allerdings sehr unbeglaubigten Nachricht rücken 15 000 Chinesen auf Tientsin los.

Im englischen Unterhaus wurde folgendes Telegramm des englischen Konteradmirals aus Tschili vom 6. August mitgeteilt:

Die Verbündeten, etwa 12 000 Mann stark, griffen heute früh energisch die chinesische Stellung bei Hsiu etwa zwei Meilen von Tientsin an. Die Chinesen wurden vertrieben und zogen sich nordwärts zurück, verfolgt von den Verbündeten, die darauf Weifang besetzten. Transporte folgten den Truppen zu Wasser und zu Lande. Der Vormarsch auf Peking hat begonnen.

Die Ausbreitung des Aufstands.

Aus Shanghai wird berichtet:
Die gestrige Beschlagnahme eines Aufwinders in Tschin-kiang war durch den Kapitän des Kriegsschiffs „Rosario“ angeordnet, welcher den dortigen britischen Agenten anwies, dieses Schiff oder irgend einen andern Dampfer der „China Navigation Company“ solange mit Beschlag zu legen, bis er die Genehmigung zur Abfahrt erteilen werde, und die außerhalb der europäischen Niederlassung wohnenden Europäer zu veranlassen, sich in dieselbe zu begeben und auf ein eventuelles schnelles Verlassen der Stadt einzurichten. Diese Anordnung hat hier große Erregung hervorgerufen, da sich daraus ergibt, daß das Pangste-Gebiet nicht sicher ist.

Aus Hongkong bringen die „Times“ folgende Nachricht von gestern: Infolge von Anzeichen von Unruhe in den Distrikten von Sanon und Lunglam, welche an das Kanlung-Gebiet angrenzen, sind auf den Rat der Mandarine alle Missionare von ihren Stationen zurückgezogen worden. In Kanton ist alles ruhig.

Nach einem Telegramm des „Standard“ aus Shanghai treffen die Marine-Offiziere aller in Shanghai vertretenen Mächte, Engländer, Amerikaner, Deutsche, Italiener, Holländer, Franzosen und Japaner, in freundschaftlicher Weise gemeinsame Maßnahmen zur Verteidigung des Orts. Admiral Seymour ist der älteste Offizier, ihm zunächst folgt der holländische Kommodore.

Graf Waldersee.

Wie der „Hannoversche Courier“ meldet, fragte der Kaiser Montagabend beim Grafen Waldersee aus Wilhelmshöhe telegraphisch an, ob er, um den weiteren Differenzen zwischen den verbündeten Mächten in China wegen des Oberbefehls ein Ende zu machen, geneigt sei, nach China zu gehen, um dort den Oberbefehl über die Truppen aller Mächte zu übernehmen und der Kaiser ihn für diesen Posten den Mächten in Vorschlag bringen könne. Graf Waldersee hat zugestimmt und reiste nach Wilhelmshöhe zur Meldung beim Kaiser und Entgegennahme weiterer Instruktionen ab.

Dagegen berichtet die „Köln. Ztg.“ aus Berlin vom 7. August: Aus zuverlässiger Quelle verlautet, Generalmarschall Graf von Waldersee sei zum Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen in China ernannt worden.

Es bleibt abzuwarten, ob es sich nur um einen Vorschlag bei den Mächten oder um eine bereits vollzogene Thatsache handelt.

Die deutsche Regierung — so weit sie in der Wilow-Presse ihre Ansichten darlegte — hatte bisher stets erklärt, Deutschland ver-

lichte auf die Last des Oberkommandos. Jetzt ist man plötzlich wieder umgekehrt — die Regierung wird, so scheint es, gehoben.
Mit gemischten Gefühlen betrachtet die „Deutsche Tageszeitung“ diese neueste Erscheinung in der Chinapolitik. Die urteillose Feindschaft-Preise jubelt natürlich wieder über diesen großen deutschen Erfolg. — Die Amerikaner aus dem Feuer holen zu dürfen.
Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Berlin: Wie in hohen Militärkreisen verlautet, entspringt die Entsendung Waldersee nach China der Initiative des Kaisers, der den besten Heerführer an der Spitze der deutschen Truppen zu sehen wünscht. Nachdem Waldersee angenommen, ergab sich aus seinem hohen Range die Konsequenz, ihn als geeigneten Oberbefehlshaber aller verbündeten Truppen anzusehen. Darüber ist in den letzten Tagen diplomatisch verhandelt worden. Ob diese Verhandlungen wirklich schon ganz abgeschlossen sind, läßt sich nicht sicher feststellen. Die Wahl dieses hervorragenden Generals beweist, daß man eine umfassende und energische militärische Aktion beabsichtigt.

Letzte Meldungen.

Wien, 8. August. (W. T. V.) Der „Wiener Abendpost“ zufolge ist zur weiteren Verstärkung des östereichisch-ungarischen Geschwaders in Ostasien der Torpedokreuzer „Leonard“ in Aussicht genommen, welcher jedoch zuerst eine Mission in der Südsee zu vollziehen hat. Zum Kommandanten der „Zenta“ ist an Stelle des in Peking gefallenen Fregattenkapitäns Thomann der Fregattenkapitän Stala designiert.

London, 8. August. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Tientsin vom 28. Juni gemeldet: In den letzten Tagen ist der Weisheit beträchtlich gestiegen, was auf starke Regengüsse in der Gegend hinhinweist. Die wahrscheinlichste Ursache der Ueberflutungen an vielen Punkten der Vornarklinie zur Folge haben. Gewöhnlich ist zur Regenzeit die ganze Gegend zu beiden Seiten der Straße, soweit das Auge reicht, ein wendlicher See, was den Vornark auf diesem Wege mündlich macht. Derselben Schwierigkeit begegnet ein Vordringen auf dem Flußwege, doch kommen hier noch hinzu der starke Gegenstrom und die Lutiefen in den Strömungen, abgesehen von den von den Chinesen an einigen Punkten hergestellten künstlichen Hindernissen. Während ein baldiger Vormarsch von jedermann als dringend nötig anerkannt wird, darf nicht vergessen werden, daß die jetzige Jahreszeit die bei weitem schlechteste Zeit für einen Feldzug in Nordchina ist.

Rom, 8. August. (W. T. V.) Die „Agenzia Stefani“ berichtet ihre Meldung über das ägyptische Telegramm, welches das Ministerium des Äußeren von dem italienischen Gesandten in Peking erhalten hat, dahin, daß diese Depesche nicht durch das telegraphische Bureau des Tsing-Tomen in Peking, sondern durch das telegraphische Bureau des Tsing-Tomen übermittelt worden ist.

Washington, 8. August. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Nach einer Konferenz, die zwischen dem Präsidenten Mac Kinley, dem stellvertretenden Staatssekretär Adee, dem Sekretär des Kriegsamtts Root und dem Generaladjutanten Corbin stattfand, wurde heute früh an den amerikanischen Konsul Goodnow in Shanghai ein Stabtelegramm übersandt zur Nebermittlung an die derzeitige chinesische Regierung durch Li-Hing-Tschong, Scheng und andre. Dem Vernehmen nach wird hierin mit Nachdruck erklärt, daß ein Vorgehen unzulässig erforderlich ist; die Mitteilung spricht zwar nicht von einem Ultimatum, ist aber sehr bestimmt gehalten. Die Beamten in Washington erachten die Lage Congress und der andern für sehr gefährlich. Die Regierung ermahnte Conger, guten Rufes zu sein, und machte ihm Mitteilung von dem nahe bevorstehenden Entsch.

Washington, 8. August. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Es wird nunmehr zugegeben, daß die Depesche an den Konsul Goodnow tatsächlich ein Ultimatum darstelle, da die Lage unentzerrlich sei. Es sind Vorkehrungen getroffen worden, um, falls es notwendig werden sollte, sofort weitere Truppen von Luzon nach China zu senden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Antscher, Misfahrer, Kellerarbeiter und Stalfente der Radeberger Exportbierbrauerei Abteilung Pichelsdorf haben am Mittwoch früh wegen bevorstehender Lohnabzüge einmütig die Arbeit niedergelegt. Bis her erhielten die Antscher einen Wochenlohn von 12 M. und für jeden Kasten abgelieferter Flaschen 15 Pf. Diese kleine Provision sollte auf 10 Pf. pro Kasten vermindert werden. Die Antscher verlangen, daß der alte Satz von 15 Pf. pro Kasten beibehalten wird. Anherdem verlangen sie die Prozente für alle diejenigen Flaschen, welche seitens anderer Bierkäufer mitgenommen werden und dann von den betreffenden Brauereien abgeholt werden müssen. Es kommen hierbei ca. 200 Kisten pro Woche in Betracht. Die Betriebsleitung hat nämlich in der letzten Zeit diese Flaschen durch Neiverkäufer aus den betreffenden Brauereien abholen lassen, um die dafür entfallenden Prozente zu sparen. Weiter wird für die Misfahrer ein Wochenlohn von 21 M. (bisher 18 M.) verlangt. Ferner sollen pro Tag für alle Angestellte je 1/2 Liter Freibier gewährt werden. Für die Sonntagswache wird eine Entschädigung von 3 M. gefordert. Bei Neueinstellungen soll in erster Linie der gewerkchaftliche Arbeitsnachweis berücksichtigt werden. Das Lohnkommissionsmitglied Wehler wurde in der Sache vergangenen Montag bei Direktor Hoffmann vorbestellt; dieser fertigte den Antscher mit den Worten ab: „Was Sie wollen, weiß ich schon; die Lohnabzüge findet unbedingt statt.“

Dienstag früh erhielt darauf der Direktor von der Lohnkommission einen eingehenden Brief, der obige Forderungen enthielt. Eine Antwort erfolgte daraufhin nicht.

Seitern früh hat sich der Direktor 3-4 Tage Bedenkzeit aus. Darauf konnten aber die Antscher nicht eingehen, wofür sie nicht dem Betriebsleiter die Möglichkeit geben, in der Zwischenzeit genügend Arbeitkräfte herbeizuführen.

Am Mittwochabend fanden daraufhin zwischen der Direktion und Vertretern des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Verhandlungen statt, in welchen die Direktion sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligte. Somit wird heute der Betrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung der Werstarbeiter. Wie bereits gestern im Repäsentant mitgeteilt, haben bei der Firma Blohm u. Hoff sämtliche Rieter, auf der Reichsfliegerwerk sämtliche Schlosser die Arbeit eingestellt; die letztere Firma ist dadurch völlig lahmgelegt. Wie es scheint, sind Einigungsverhandlungen im Gange; der „Hamb. Kor.“ meldet, daß der Verband der Arbeitgeber Hamburg beschlossen habe, daß die Wersten nur mit den eignen Arbeitern, nicht aber mit dritten Personen verhandeln sollen.

Bei den Wahlen zum Gewerbegericht in Weimar, die am 7. August stattfanden, gelang es zum erstenmal, die vom Gewerkschaftsrat präsentierten Arbeitgeber-Kandidaten gegen die vom Gewerbeverein normierten mit großer Majorität durchzubringen. Da eine gegnerische Liste der Arbeitgeber nicht aufgestellt war, so wurden die Gewerkschafts-Kandidaten einstimmig gewählt. Die Stich-Dunterschen erlitten bei der ersten Wahl im Jahr 1894 eine solche Niederlage, daß sie bis heute noch keine Gegenliste wieder aufstellten.

Eine Tarifgemeinschaft haben die Dresdener Feingoldschläger nebst allen in Gewerbe tätigen Hilfsarbeitern mit den Prinzipalen vereinbart. Die Entlohnung der Arbeiter ist für Accord- und Wochenlohn bis ins kleinste festgesetzt, so daß Streitigkeiten darüber kaum vorkommen können. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden. In Bezug auf das Mündigungsverhältnis gelten einfach die betreffenden Vorschriften der Reichs-Gewerbe-Ordnung, die im Tarif mit abgedruckt sind. Die festgesetzten Löhne sind Minimallohne. Den Wochenlohn-Arbeitern dürfen die Wochen-Feiertage nicht abgezogen werden. Das Lehrlingswesen ist so ge-

regelt, daß auf je 5 Gehilfen nur 1 Lehrling kommen darf; 1 Lehrling können auch die Prinzipale beschäftigen, die weniger als 5 Gehilfen haben. Ein großer Vorzug des Tarifs ist seine verhältnismäßig kurze Gültigkeitsdauer, er gilt nämlich nur für die nächsten 2 Jahre. Wird der Tarif nicht mindestens drei Monate vor Ablauf von den beiderseitigen Organisationen gefordert, so verlängert er sich stets um ein Jahr. Anherdem ist dann aber ausdrücklich noch bestimmt: „Sollten in der Zwischenzeit zwischen der Bereinigung der Feingoldschläger Deutschlands und der Organisation der Gehilfen an der Westmünungen zur Durchführung des Tarifs über ganz Deutschland vereinbart werden, so gelten diese auch für Dresden als verbindlich.“

Ein weiteres Mißtrauensvotum gegen Dr. Max Hirsch. In der Düsselbacher „Bürger-Zeitung“ lesen wir: In Sachen der bekannten Stellungnahme des Abg. Dr. Max Hirsch zum Streik der Straßenbahner in Berlin hat eine am gestrigen Sonntag tagende Versammlung der Ausschüsse der hiesigen Ortsvereine folgenden Beschluß gefaßt: Die kombinierte Ausschußsitzung, an welcher von den 20 dem Ortsverbande angehörenden Ortsvereinen 15 durch 40 Ausschußmitglieder vertreten sind, drückt nach Kenntnisnahme des stenographischen Berichtes über die Sitzung der Abgeordneten vom 21. Mai 1900 einstimmig ihre tiefen Bedauern über die Erklärung des Verbandsanwalts der Gewerbevereine, Abgeordneten Dr. Max Hirsch, in Sachen des Streiks der Berliner Straßenbahnschaffner aus und erklärt, daß dieselbe vom Standpunkt eines Arbeitervertreters in keiner Weise zu billigen ist. Die Ausschüsse beschließen, eine öffentliche Ortsverbandsversammlung zur Besprechung der Frage einzuberufen und dazu die umliegenden Ortsvereine soweit wie möglich einzuladen.

Aus dem Sprachlexikon der Frommen. Die Gewerbe-gerichts-wahl in Köln, die im April dieses Jahres stattfand und damals wegen der schmachvollen Kampfesart der „christlichen“ Gegner so großes Aufsehen erregte, hatte am Montag vor dem Kölner Schöffengericht ein Nachspiel. In den von den christlichen Partei herabgegebenen Flugblättern waren die Kandidaten der Gewerkschaften als sozialdemokratisch bezeichnet. Ferner war gesagt: die Arbeiter müßten wahnfinnig sein, wenn sie einen Mann wählten, der an keinen Gott glaube; wenn ein Sozialdemokrat den Schwur leiste als Weisger, so sei das nichts, worauf man sich verlassen kann. Man sei vor die Wahl gestellt, ob man die Entel eines Affen (!) ins Gewerbegericht schiden wolle oder einen christlichen Kandidaten, der auf seine Menschewürde hält. Die Sozialdemokratie zahle jährlich zehn Millionen (!) an die Führer, Abgeordneten und Redner; der Wahlfonds werde von den Juden geliefert. „Amstutzler, Revolutionäre, Blutdürstende Nordbuben“ seien die Sozialdemokraten. „Wollt Ihr die Kandidaten blutdürstender Revolution wählen?“, so hieß es weiter, und dann waren die Kandidaten wegen der Stellung der sozialdemokratischen Reichstags- Fraktion zur lex Henze als „Liebhaber stinkender Schweine-reien“ bezeichnet. In einem andern christlichen Flugblatt wurde der Verfasser eines gewerkschaftlichen Flugblatts als „erbärmlicher Wicht“, als niederträchtig, elend, schurkisch, geisteskrank, zum Tier heruntergefallen, armerlicher Barm bezeichnet und gefragt, was er mit seinem „lägerhaften Fraß“ bezwecke und was dergleichen Tollheiten mehr sind, wie sie nur der frommen Feder eines ergulturmontanen Fanatikers entfließen können.

In einem dieser Flugblätter war auch ein zur sozialdemokratischen Partei gehörender Maurermeister in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber in der wahrheitswidrigsten Weise beleidigt. Da das Flugblatt nur unterzeichnet war: „Christliche Gewerkschaft Köln“, ein solches Ding aber nicht zu ermitteln war, so war unser Parteigenosse genötigt, den Drucker zu verlagen, als welcher der Verfasser des in Köln erscheinenden „Rheinischen Merkur“, Herr Heinrich Rheiffing zeichnete. Dieser wurde dann auch als der Drucker des Flugblatts zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt. Die Gerichts-verhandlung gestaltete einen überaus lehrreichen Einblick in das Wesen der „christlichen Arbeiterbewegung“ und in das Treiben jener Sorte katholischer Geistlichen, die man als Hehlpläne bezeichnet. Ein als Zeuge auftretender Arbeiter erklärte, die Verantwortung für das Flugblatt übernehme zu wollen; der Mann mußte auf Befragen aber gestehen, daß er weder der Verfasser noch Besteller sei, noch überhaupt in einer Beziehung zu dem Flugblatt stehe. Als derjenige, der dem Drucker das Manuskript geliefert hat, wurde dann der Kolter Kaplan Jilleßen entlarvt. Dieser mutige Gottesdiener wollte also einen ganz unbeteiligten, bethönten Arbeiter für die von ihm selber verübten Thaten dem Gericht ausliefern. Ferner wurde in der Verhandlung festgestellt, daß das von den katholischen Arbeitern gewählte Wahlkomitee von dem eigentlichen Gergang bei der Gewerbegerichtswahl-Agitation keine Ahnung hatte, daß vielmehr der Kaplan Jilleßen der Machter der ganzen christlichen Agitation ist. Dieser Herr ist ein Führer der unverhältnißlichen Richtung in den christlichen Gewerkschaften, derjenigen Richtung, die in Köln und Kagen vorherrscht und von einem Zusammengehen mit den freien Gewerkschaften nichts wissen will. Der Leiter dieser Richtung ist in Köln der Pfarrer Diecken, der kürzlich vor dem Kölner Gericht infolge einer schweren moralischen Niederlage erlitt, als ihn das Schöffengericht mit einer Klage gegen katholische Angehörige seiner Pfarrengemeinde abwies, indem es in der Urteilsbegründung erklärte, er habe durch die Demagogation in frivol er Weise ruhige Bürger vor das Gericht gezerrt. Bei dieser Gelegenheit darf man wohl an den Prozeß des Oberfelden- und Zeitungsdoplers Dossbach erinnern, und man hat ein liebliches Alibi-Blatt vor sich, an dem man übrigens sich einen Begriff machen kann, mit welcher Sorte von priestertlichen Wegnern die Arbeiterbewegung im Rheinland zu kämpfen hat.

Die Buchdruckerei der „Kempener Zeitung“ sandte uns zu unrer Notiz über die von ihr gezahlten Lohnsätze eine „Verrechnung“, die wir in Nr. 178 unrer Notiz zum Ausdruck brachten. Unser Gewährsmann schreibt uns dazu: In Nr. 178 des „Vorwärts“ bringt die Firma Mödner u. Mausberg aus Kempen (Ahein) eine Verrechnung und erklärt es für unwahr, daß sie so schlechte Löhne zahlt. Wir haben von unremr Behauptungen nichts zurückzunehmen. Mehrwürdigerweise sendet die Firma der „Niederrheinischen Volkstribüne“, welche dieselbe Notiz brachte und in Kempen verbreitet ist, keine Verrechnung. Im übrigen aber sind die Verhältnisse in der betreffenden Offizin in einer Vollversammlung erörtert und von den Buchdruckern genau so dargestellt worden, wie der „Vorwärts“ sie gebracht. Einen schönen Beweis von Toleranz hat übrigens die Firma noch gegeben. Die ausständigen Verbandsmitglieder logierten in katholischen Gesellenhaus. Der Präses des katholischen Gesellen-Vereins ist nun von der Firma betrogen worden, den Ausständigen das Logis zu kündigen. Und das alles im Namen von Wahrheit, Freiheit und Recht.

Der Essener Maurerstreik dauert, wie uns von dort geschrieben wird, unverändert fort. Jetzt haben die Unternehmer einen dritten Beschluß gefaßt, nämlich, einen Pfennig die Stunde zuzulegen und 45 Pf. Stundenlohn zu zahlen. Verhandlungen mit den Arbeitern sind natürlich ausgeschlossen — im nächsten Jahr will man mit der „christlichen Organisation“ zwecks weiterer Lohn-erhöhung verhandeln. — Das kann wohl als Preis für den Streikbruch-Beschluß, der durch verschiedene christliche Führer provoziert wurde, betrachtet werden. Allerdings ein mageres Preis. In der ultramontanen Presse wird der Beschluß der Unternehmer, welche die Arbeiterorganisation auf Duzende Eingaben seiner Antwort würdigten, als ein liberales humanes und weit entgegenkommendes gepriesen. Wenn jemals eine christliche Organisation im Interesse der Unternehmer gegen das Interesse der Arbeiter mißbraucht wurde, dann ist es hier geschehen. Glücklichweise ist die christliche Organisation nicht stark genug, um in der Streikfrage einen ausfallgebenden Einfluß ausüben zu können. Von den Essener Part. u. des christlichen Verbandes wird aber versucht, im ganzen Ruhrgebiet die Aktion der Maurer durch Provo-zierung von Streikbruch-Beschlüssen lahm zu legen.

Die Aussperrung der Münchener Konfektionschneider hat etwa 600 Arbeiter betroffen. Die Unternehmer haben es abgelehnt, zu unterhandeln, bis nicht die Arbeit in der einen Firma,

bei der die Auslandsbewegung ihren Anfang nahm, wieder aufgenommen sein wird. Dies Ansuchen leiteten die Arbeiter einstimmig ab. Zuzug ist streng feingehalten.

Ausland.

Gewerkschaftliche Betriebswerkstätten in der Schweiz. Seit Jahren verlangen die organisierten Schneider und Schuhmacher in Bern von der Stadt die Errichtung von Betriebswerkstätten, um gesündere und zweckmäßigere Arbeitsräume zu bekommen. Nun hat der Gemeinderat dem Stadtrat eine Vorlage unterbreitet, wonach 50 Proz. der Einrichtungskosten von den Gewerkschaften zu erhaltenden Betriebswerkstätten durch die Stadt übernommen werden sollen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen-Stimmrecht in Oregon. Nach einem langen Kampf ist dieses Mal noch das Gesetz, welches den Frauen das Stimmrecht im Staate Oregon zugestehen sollte, zurückgewiesen worden. Die Stimmzahl betrug 28 265 dafür, 28 208 dagegen. Die geringe Majorität von 2033 Stimmen läßt für die Zukunft die Annahme des Gesetzes hoffen.

Sociales.

Die Kinder auf dem Lande. In der „Breslauer Morgen-Zeitung“ wird der Brief eines Dominikaners an den Lehrer seines Dorfes abgedruckt, der für die Zustände auf dem Lande recht kennzeichnend ist. Der Brief lautet:

„Gerehrter Herr Kantor! Es thut mir leid, Ihnen hierdurch mitzuteilen, daß die Kinder Ihren Aufgaben nicht Folge leisten können. Zur jetzigen Zeit (Frühjahr bis Herbst) ist dies nicht möglich, denn da wird die Zeit von der Herrschaft beansprucht. Früh 1/2 Uhr müssen die Kinder ohnehin aufstehen, um zurecht zur Schule zu kommen; mittags ist es 12 1/2 Uhr, wenn sie zu Hause kommen, 12 3/4 Uhr müssen sie zur Arbeit; abends ist 7 1/2 Uhr, wenn sie vom Feld kommen, wozüglich noch später; dann sind sie froh, wenn sie das Bett aufsuchen können. Ich und meine Frau sind auch nicht immer aufgelegt, für die Kinder abends erst Schularbeit zu machen, welches eigentlich auch seinen Zweck hat. Ich bitte Sie daher, die Kinder in dieser Sache nicht zu bestrafen. Hochachtungsvoll R. R.“

Das läßt sowohl über die herrschende Kinderausbeutung als auch über die Schulzustände auf dem Lande auf. Früh 1/2 Uhr schon müssen die Kinder aufstehen, um rechtzeitig zur Schule zu kommen; das bedeutet, daß sie mindestens 1/2 Stunde Wegs zur Schule haben.

Die Schäden der Hausindustrie. In Frankfurt a. O. fand kürzlich ein Aorbnadertag statt, der folgende Resolution annahm: „In Erwägung, daß neben der Beschäftigung von Gefangenen mit Aorbarbeiten die Hausindustrie derjenige Faktor ist, der das Aorbnadertgewerbe am meisten schädigt, da es einem Gehilfen beschäftigenden Meister absolut unmöglich ist, mit dem Hausindustriellen zu konkurrieren, in fernerer Erwägung, daß die Lebens-, Wohnungs- und Ernährungsweise der in der Hausindustrie Beschäftigten in keiner Weise auch nur den geringsten Anforderungen der Gesundheitslehre entspricht, beschließt der deutsche Aorbnadertag eine Petition an den Reichstag gelangen zu lassen, mit dem Ersuchen und unter ausführlicher Begründung, die Fabrikgesetzgebung auf die Hausindustrie auszuweihen.“

Die Resolution ist darum besonders bemerkenswert, weil sie von Junngsmeistern gefaßt worden ist.

Die Centralkasse der Maurer, „Grundstein zur Einigkeit“, hielt dieser Tage ihre 12. Generalversammlung in Frankfurt am Main ab. Die Kasse hatte am Schlusse des Jahres 1899 in 222 Verwaltungsstellen 17 849 Mitglieder. Das Kassenvermögen betrug am Schlusse des genannten Jahres 403 929 M., wovon 420 000 M. im Reservefonds lagen, der damit die gesetzliche Höhe ziemlich erreicht haben dürfte. Die Kasse hatte in den zwei Jahren 1898/99 bei einer Gesamtzunahme von 948 062 M. rund 750 000 Mark Krankheitskosten und rund 92 751 Mark Verwaltungskosten.

Ein Antrag auf Einführung der unbeschränkten freien Arztwahl wurde der hohen Kosten wegen abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Gewährung freier Kur an Familienangehörige. Die Leistungen der Kasse sowie die Beiträge blieben dieselben wie bisher. Die General-Versammlung nahm auch eine Protestresolution gegen die bekannt gewordenen reaktionären Pläne zur Abänderung des Kranken-versicherungs-gesetzes an.

Die mit der Kasse verbundene Sterbekasse hatte am Jahres-schlusse 2179 Mitglieder und ein Vermögen von 36 275 M. Das Sterbe-geld wurde in jeder Klasse um 10 M. erhöht.

Ein Pestfall in Deutschland.

Der „Reichs-Anzeiger“ meldet zu der aus Hamburg mitgeteilten verhängigen Erkrankung eines Schiffsbendiensten, daß die eingeleiteten Untersuchungen des Bluts des im Eppendorfer Krankenhaus isolierten Stewards Raubut und die vorgenommenen Tierversuche jetzt ergeben haben, daß der Steward an Pest erkrankt ist. Doch geht es ihm bisher befriedigend und die unter ärztlicher Beobachtung stehenden Personen befinden sich sämtlich wohl. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Fall infolge der sofort getroffenen strengen Maßregeln vereinzelt bleiben wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 8. August. (Beitragdepesche des „Vorwärts“.) Die Werftbesitzer beschlossen nach Berichten bürgerlicher Blätter, der einzelne Unternehmer soll mit seinen Arbeitern unter Umgehung letzterer Organisation unterhandeln; dagegen beschlossen die Werftarbeiter heute abend in imposanter Versammlung, nur durch Organisation Verhandlungen zu führen.

Berlin, 8. August. (W. T. V.) Wie wir erfahren, hat die heute hier eingetroffene Voerendepotation bisher noch keine Besuche gemacht. Wie lange dieselbe sich in Berlin aufhalten und wohin sie sich von hier aus begeben wird, ist noch unbekannt.

Frankfurt a. M., 8. August. (W. T. V.) Nach einem Telegramm der „Frankf. Zig.“ aus Rom erklärte ein Minister, dem „Secolo“ zufolge, in der Kammer, der Könige habe beim Empfang der Minister in Monza gesagt, die bestehenden Gesetze genügten, um gut zu regieren, vorausgesetzt, daß sie mit Strenge angewendet würden. Man brauche keine Ausnahmemaße.

Rom, 8. August. (W. T. V.) Obgleich die Ankunft des Königs-paares heute vormittag in der unauffälligsten Weise erfolgte, begleitete doch eine große Volksmenge das Paar zum Quirinal und brachte ihm überaus herzliche und imposante Ovationen dar. Die Königin Selena gab sehr niedergeschlagen aus. Der König, der seinen Sämerg bewand, dankte mit sehr herzlichen Worten dem Bürgermeister von Rom für die loyalen Trauerlandgebungen der Bevölkerung. Bei der Ankunft am Quirinal wurde das Königspaar von dem Fürsten Nikolaus von Montenegro, dem Vater der Königin, empfangen. Die Königin stürzte sich laut weinend, in die Arme ihres Vaters mit dem Ausruf: „Welches Unglück, mein Vater!“ Alle Welt bewundert die Seelenstärke des Königs und zieht daraus die besten Schlüsse für die Zukunft. Der König legt eine Energie an den Tag, der man ihn bis jetzt nicht für fähig gehalten hatte. Niemals hat die Stadt Rom ein so bewegtes Bild geboten als jetzt: es sind bereits 120 000 Fremde aus allen Teilen Italiens und des Auslands hier eingetroffen. — Die römischen Damen veranstalten heute abend eine imposante Kundgebung, um der Königin-Witwe ihre Sympathien zu bezeugen. Sie werden sich in Trauergewändern nach dem Babuino begeben und dort eine Art Ehrenwache bilden, welche die Königin unter tiefstem Schweigen nach dem Quirinal begleiten wird.

Das Begräbnis

unser Genosse Liebknecht wird nicht von der Beichenhalle des Friedhofs in Friedrichsfelde stattfinden, sondern nach nunmehr geänderten Vereinbarungen am Sonntag, den 12. d. M., mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Charlottenburg, Kanstr. 160, nach dem Städtischen Friedhof in Friedrichsfelde erfolgen.

Fünfter ordentlicher Verbandstag des Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

zu Halberstadt im „Odeum“, Braunschweigerstraße. Erstes Verhandlungstag: Sonntag, 5. August. Um 4 1/2 Uhr wurde der 5. ordentliche Verbandstag vom Vorsitzenden Drey-Hannover eröffnet.

Nach Besetzung mehrerer Begrüßungsdelegirter erfolgt der Bericht der Mandatsprüfungskommission, nach welchem 64 Delegirte anwesend sind, außerdem sind erschienen als Vertreter des Vorstands Aug. Drey und Fr. Bruns, Hannover, als Vertreter des Ausschusses Jakob Streb, Offenbach, und als Vertreter der Generalkommission Genosse Sabbath, Hamburg.

Zur Begrüßung der Teilnehmer, die die anfänglichen Verhandlungen gegen die in Stoff beschlossene Beitragserhöhung sich als unzureichend herausgestellt haben.

Die Erhöhung habe die Organisation leistungsfähiger gemacht, sie war in der Lage, die zahlreicheren Kämpfe in ausreichender Weise zu unterstützen und konnte auch ihren anderen Aufgaben in vermehrtem Maße gerecht werden.

Die Einsetzung von Gewerkschaften zur Leitung der Agitation habe sich als eine zweckmäßige Einrichtung erwiesen, ebenso die Revisionen der Jahrbücher.

Der Bericht des Ausschusses giebt Streb-Offenbach, der Ausschuss habe sich hauptsächlich mit einer Reihe von Beschwerden gegen den Vorstand beschäftigt, von denen jedoch nur wenige als völlig berechtigt anerkannt werden konnten.

Es folgt die Beratung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden. Der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

mitglieder eine derartig hohe ist, daß bei dem gegenwärtigen finanziellen Stand des Verbands eine derartige Unterstützung nicht empfehlenswert erscheint. Eine Erhöhung des Beitrags könne er nicht befristet werden.

Eine Reihe von Rednern verurteilen die Vorteile der Arbeitslosen-Unterstützung nicht, jedoch sei es nicht ratsam, ohne weiteres eine derartige Einrichtung zu schaffen, die ohne erhebliche Beitragserhöhung nicht möglich ist.

Nachmittags-Sitzung vom 7. August. Nach Besetzung einiger Begrüßungsdelegirter wird die Beratung der Anträge auf Arbeitslosen-Unterstützung fortgesetzt.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung aller Anträge auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung mit großer Majorität. Einer Resolution der Zahlstelle Altona, der noch immer weiter um sich greifenden Arbeitslosigkeit unter den Fabrikarbeitern und Arbeitern durch Verkürzung der Arbeitszeit entgegenzuwirken, schließt sich der Verbandstag an.

Es gelangen die Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Verhandlung der Anträge auf Einführung einer Kranken-Unterstützung und Zuschüsse zur Veratung. Nachdem eine große Anzahl Redner sich sowohl für als gegen die Anträge geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen.

Dom „sorgenfreien Lebensabend“. Ueber die in der öffentlichen Armenpflege Berlins unterstützten Personen findet sich in dem letzten Jahrgang des Berliner Statistischen Jahrbuches eine Zusammenstellung, die aus den Büchern der städtischen Armenverwaltung angefertigt ist.

Zutreffend sind besonders die Ergebnisse der Auszahlung dieser Unterstützten nach dem Alter. Es waren über 90 bis 70 Jahre alt 2167 Männer und 6861 Frauen, über 70 bis 80 Jahre alt 1740 Männer und 5631 Frauen, über 80 Jahre alt 298 Männer und 1112 Frauen.

Die Gesamtzahl der 37818 Unterstützten war gleich 2,25 Proz. der gesamten Bevölkerung, aber in einzelnen waren von den Unterstützten z. B. die über 60 bis 70 Jahre alten Männer und Frauen gleich 8,72 beziehungsweise 18,25 Proz. der männlichen beziehungsweise weiblichen Bevölkerung dieses Alters.

Interessant sind besonders die Ergebnisse der Auszahlung dieser Unterstützten nach dem Alter. Es waren über 90 bis 70 Jahre alt 2167 Männer und 6861 Frauen, über 70 bis 80 Jahre alt 1740 Männer und 5631 Frauen, über 80 Jahre alt 298 Männer und 1112 Frauen.

Die Gesamtzahl der 37818 Unterstützten war gleich 2,25 Proz. der gesamten Bevölkerung, aber in einzelnen waren von den Unterstützten z. B. die über 60 bis 70 Jahre alten Männer und Frauen gleich 8,72 beziehungsweise 18,25 Proz. der männlichen beziehungsweise weiblichen Bevölkerung dieses Alters.

Interessant sind besonders die Ergebnisse der Auszahlung dieser Unterstützten nach dem Alter. Es waren über 90 bis 70 Jahre alt 2167 Männer und 6861 Frauen, über 70 bis 80 Jahre alt 1740 Männer und 5631 Frauen, über 80 Jahre alt 298 Männer und 1112 Frauen.

Die Gesamtzahl der 37818 Unterstützten war gleich 2,25 Proz. der gesamten Bevölkerung, aber in einzelnen waren von den Unterstützten z. B. die über 60 bis 70 Jahre alten Männer und Frauen gleich 8,72 beziehungsweise 18,25 Proz. der männlichen beziehungsweise weiblichen Bevölkerung dieses Alters.

Interessant sind besonders die Ergebnisse der Auszahlung dieser Unterstützten nach dem Alter. Es waren über 90 bis 70 Jahre alt 2167 Männer und 6861 Frauen, über 70 bis 80 Jahre alt 1740 Männer und 5631 Frauen, über 80 Jahre alt 298 Männer und 1112 Frauen.

Die Gesamtzahl der 37818 Unterstützten war gleich 2,25 Proz. der gesamten Bevölkerung, aber in einzelnen waren von den Unterstützten z. B. die über 60 bis 70 Jahre alten Männer und Frauen gleich 8,72 beziehungsweise 18,25 Proz. der männlichen beziehungsweise weiblichen Bevölkerung dieses Alters.

Interessant sind besonders die Ergebnisse der Auszahlung dieser Unterstützten nach dem Alter. Es waren über 90 bis 70 Jahre alt 2167 Männer und 6861 Frauen, über 70 bis 80 Jahre alt 1740 Männer und 5631 Frauen, über 80 Jahre alt 298 Männer und 1112 Frauen.

Die Gesamtzahl der 37818 Unterstützten war gleich 2,25 Proz. der gesamten Bevölkerung, aber in einzelnen waren von den Unterstützten z. B. die über 60 bis 70 Jahre alten Männer und Frauen gleich 8,72 beziehungsweise 18,25 Proz. der männlichen beziehungsweise weiblichen Bevölkerung dieses Alters.

Interessant sind besonders die Ergebnisse der Auszahlung dieser Unterstützten nach dem Alter. Es waren über 90 bis 70 Jahre alt 2167 Männer und 6861 Frauen, über 70 bis 80 Jahre alt 1740 Männer und 5631 Frauen, über 80 Jahre alt 298 Männer und 1112 Frauen.

Die Gesamtzahl der 37818 Unterstützten war gleich 2,25 Proz. der gesamten Bevölkerung, aber in einzelnen waren von den Unterstützten z. B. die über 60 bis 70 Jahre alten Männer und Frauen gleich 8,72 beziehungsweise 18,25 Proz. der männlichen beziehungsweise weiblichen Bevölkerung dieses Alters.

Interessant sind besonders die Ergebnisse der Auszahlung dieser Unterstützten nach dem Alter. Es waren über 90 bis 70 Jahre alt 2167 Männer und 6861 Frauen, über 70 bis 80 Jahre alt 1740 Männer und 5631 Frauen, über 80 Jahre alt 298 Männer und 1112 Frauen.

Die Gesamtzahl der 37818 Unterstützten war gleich 2,25 Proz. der gesamten Bevölkerung, aber in einzelnen waren von den Unterstützten z. B. die über 60 bis 70 Jahre alten Männer und Frauen gleich 8,72 beziehungsweise 18,25 Proz. der männlichen beziehungsweise weiblichen Bevölkerung dieses Alters.

Interessant sind besonders die Ergebnisse der Auszahlung dieser Unterstützten nach dem Alter. Es waren über 90 bis 70 Jahre alt 2167 Männer und 6861 Frauen, über 70 bis 80 Jahre alt 1740 Männer und 5631 Frauen, über 80 Jahre alt 298 Männer und 1112 Frauen.

6. Verbandstag der deutschen Freizeithelfen.

Derselbe findet gegenwärtig in München statt und ist von 16 Orten besetzt. Da einige Vertreter mehrere Mandate besitzen, erhöht sich die Zahl auf 27. Von der Generalkommission ist Genosse Häcke anwesend.

Der Bericht des Ausschusses giebt Streb-Offenbach, der Ausschuss habe sich hauptsächlich mit einer Reihe von Beschwerden gegen den Vorstand beschäftigt, von denen jedoch nur wenige als völlig berechtigt anerkannt werden konnten.

Es folgt die Beratung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden. Der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Zahlstelle Wolgast, jährlich zwei Agitationstouren von Seiten des Verbands auszuführen zu lassen, wird den Gewerkschaften zur Verwirklichung überlassen.

Die Verhandlung der Anträge zu dem Bericht des Vorsitzenden, der Antrag die Statuten in italienischer Sprache herauszugeben, wird abgelehnt.

Die kaiserliche Hohheit unterrichtet werden.

Von der Staatsbahn-Direktion in Jumbund ist, wie die „Tägl. Rundschau“ berichtet, folgender vertraulicher Erlaß herausgegeben worden: „Mein kaiserlicher Hohheit des Erzherzogs Eugen. Nachdem der neuernannte Kommandant des 14. Armeekorps, Seine kaiserliche Hohheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Eugen, im hierortigen Direktionsbezirk des östlichen Dienststrahls unternehmen wird, hochdieselbe bei seiner bekannnten keuschenweise die Herren Dienstvorstände und Beamten gern in ein Gespräch über Bahneinrichtungen usw. zu ziehen beliebt, werden Sie aufmerksam gemacht, in solchen Fällen unbefangenen und sachgemäß zu antworten und sich hierbei selbstverständlich selbständiger oder gar abfälliger Kritiken zu enthalten, vielmehr hätten Sie im Gegenteil bemüht zu sein, bei Fragen über etwaige Unzulänglichkeiten oder schlechte Stationsverhältnisse stets befriedigende Aufklärung zu geben.“

Da sind wir weiter, bei uns werden gleich praktische Übungen abgehalten und wenn es vorläufig auch nur im Honneurmachen geschieht. In Ostpreußen ist man in allem zurück.

Großes Vergnügen empfindet der „Reichsbote“, weil es in Berlin den Sozialdemokraten gefallt ist, seit zwei Tagen — am Montag und Dienstag auf öffentlichen Straßen und Plätzen die Nummern des „Vorwärts“ auszurufen, in welcher unser Blatt die Ansprache des Kaisers an die Bremer Werftarbeiter und seine vielseitige Rede kritisiert hat.

Wenn es dem „Reichsboten“ jemals gelingen sollte, eine beachtenswerte politische Bedeutung zu erlangen, dann könnte es ihm auch passieren, daß geschäftslindige Händler ihn mit lauter Stimme den Straßenpassanten anbieten. So ist aber dafür gesorgt, daß von dem seitdem Inhalt des Blattes nur wenige Leser angebetet werden. Das erzeugt eine geärgerte, griedgrämliche Stimmung, die sich hoffentlich wieder auflöst, wenn an der nächsten Straßenecke dem frommen Bedienten hundert der neuesten Lieder für 10 Pfennig und die Heiratdeutung angeboten werden.

Dr. Paul Voigt abgelehnt. Aus Engelberg in der Schweiz wird vom Mittwoch telegraphiert: Am 1. d. M. ist der Privatdocent Dr. Paul Voigt aus Berlin abgelehnt. Das Unglück erfolgte beim Passieren des Steinberges auf dem Wege von Tilsit nach dem Zoopark bei Jamerikien.

Die neuste Erfindung im Fernsprechwesen, der Telephonograph, ist, wie der Name schon besagt, eine Verbindung des Telephons mit einem Phonographen und wird zur Zeit in der Fabrik der Aktien-Gesellschaft Witz u. Genest hergestellt und approbiert.

Die neuste Erfindung im Fernsprechwesen, der Telephonograph, ist, wie der Name schon besagt, eine Verbindung des Telephons mit einem Phonographen und wird zur Zeit in der Fabrik der Aktien-Gesellschaft Witz u. Genest hergestellt und approbiert. Durch die Einfügung einer empfindlichen Walze in den Sprachkasten soll es ermöglicht werden, solchen Fernsprech-Teilnehmern, die nicht immer in der Lage sind, den Apparat überwachen zu lassen, auch in ihrer Abwesenheit diesen Mitteilungen zuzuhören zu lassen. Die Phonographenwalze ist derartig beschaffen und wird so angebracht, daß sie zu jeder Zeit mittels Hebeldruck ein- und ausgeschaltet werden kann.

Die neuste Erfindung im Fernsprechwesen, der Telephonograph, ist, wie der Name schon besagt, eine Verbindung des Telephons mit einem Phonographen und wird zur Zeit in der Fabrik der Aktien-Gesellschaft Witz u. Genest hergestellt und approbiert. Durch die Einfügung einer empfindlichen Walze in den Sprachkasten soll es ermöglicht werden, solchen Fernsprech-Teilnehmern, die nicht immer in der Lage sind, den Apparat überwachen zu lassen, auch in ihrer Abwesenheit diesen Mitteilungen zuzuhören zu lassen.

Achtung, Parteigenossen Berlins!

Am Dienstag, den 14. August, finden in allen Wahlkreisen Berlins öffentliche Parteiverfassungen statt. Auf der Tagesordnung aller Versammlungen steht: Die Anträge und die Wahlen zur Brandenburgischen Konferenz und Stellungnahme zum Mainzer Parteitag, sowie Wahl der Delegierten hierzu.

Die Gewerkschaften und sonstigen Vereinigungen werden ersucht, an diesem Tage andere Versammlungen nicht einzuberufen.

Eine weitere allgemeine Parteiversammlung für ganz Berlin, welche zu dem internationalen Kongreß in Paris Stellung zu nehmen hat, wird am 4. September stattfinden.

Lokales.

Zur Lokalkasse. Der Arbeiterschaft Berlins und der Vororte teilen wir hierdurch mit, daß das Lokal von Otto Seier, Restaurant zur Schenke in Neu-Mühle als gesichert zu betrachten ist. Das Verhalten des Wirtes den Ausflüglern gegenüber ist derart gewesen, daß die Lokalkommission in einer Konferenz zu dem Beschluß kommen mußte, das Lokal des Herrn Seier zu sperren. Bemerkung sei, daß der Vertreter des Herrn Seier in der Konferenz die sehr berechtigten Beschwerden nicht entkräften konnte.

Die Lokalkommission von Adlershof.

Kreuzstein und Andenburg abgegebene Erklärung, nach der sie in den Namen sämtlicher Gastwirte Berlin mit den Vertretern der hiesigen Brauereien verhandelt hätten. Redner beantragte, die Abmachungen für den Verband als nicht bindend zu betrachten und gegebenenfalls Berliner Pilsener zu veröffentlichen. Nachdem in der Versammlung hervorgehoben wurde, daß sich die Vertreter der Pilsener Brauereien nicht streng an ihre Abmachungen halten, wurde dem Antrag gemäß beschlossen. Die Versammlung nahm ferner Stellung zu den Gewerbeverordnungen und beauftragte die Wahlkommission, eigene Kandidaten der Gastwirte aufzustellen.

Die Versammlung der Anarchisten, die zu gestern einberufen war, ist nachmittags 4 Uhr durch Verfügung des Polizeipräsidenten wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ auf Grund des § 10 Nr. 17 des Allgemeinen Landrechts verboten worden. Auf der Tagesordnung stand das Thema „Attentate und Anarchismus“. Kand. u. Hartmann hatten schon vor einigen Tagen Schwierigkeiten wegen der Plakate gemacht; auf eine Anfrage beim Polizeipräsidenten aber die Antwort erhalten, daß die Plakate ruhig angehängt werden könnten. Am so erstauerte war der Einberufer der Versammlung, als er gestern die Verbotverfügung derselben Behörde erhielt. Man zieht allerlei Schlüsse aus diesen sich scheinbar widersprechenden Handlungen.

Die Attentate gegen gekrönte Häupter nimmt das Polizeipräsident zum Anlaß, um auf die bestehenden Vorschriften über die Meldepflicht hinzuweisen und ihre strenge Beachtung besonders auch in der Fremdenbeherbergung zu fordern!

Ein Einbruch wurde am Sonntagvormittag im Comptoir des Möbelmagazins von R. Barisch, Oranienstr. 73, verübt. Die Diebe sind jedenfalls gestört worden und haben sich unter Mitnahme fast aller Geschäftsbücher entfernt. Zwei Bücher sind in den Anlagen am Belle-Alliance-Platz gefunden worden. Für die Auffindung aller übrigen Bücher, besonders des Kassabuchs, hat Herr Barisch eine Belohnung in Höhe von 100 M. ausgesetzt.

Einem schlafrigen Hund machte am Dienstagvormittag der Briefträger Wilhelm Dürs in dem Hause Landsbergerstr. 76. Dort lag ein in braunes Papier gehülltes Paket auf der Treppe, das der Beamte an sich nahm. Beim Nachsehen fand er die Leiche eines Kindes darin, die der Polizei ausgeliefert wurde. Die Nachforschungen nach der Mutter haben bisher kein Ergebnis gehabt.

Beim Austragen einer Wette kam am Dienstagvormittag um 3 1/2 Uhr der 42 Jahre alte Dienstmann Hermann Knitter aus der Luisenstraße 5 um das Leben. Er hatte seinen Stand nahe an der Marischalldrücke, wo auch Begemesser und Preisangeiger Droschken halten. Zwischen den Dienstmännern und Kutschern besteht ein freundschaftliches Verhältnis. Knitter hatte in einem Wirtschaft am Schiffbauerdamm des Guten zu viel getrunken und bot in dieser Stimmung einem unter dem Namen „der lange Heinrich“ bekannten Droschkenschwänker eine Wette von fünf Mark dahin an, daß er (Knitter) von der Marischalldrücke aus in voller Kleidung nach dem Reichstagsufer hinüber schwimmen werde. Der lange Heinrich nahm die Wette an, und Knitter gab, obgleich die Gastwirte ihn von dem tollkühnen Unternehmen abzurufen versuchten, Uhr und andre Sachen ab, um gleich darauf über das Geländer der Marischalldrücke zu klettern und mit den Worten: „Ich bin ein guter Schwimmer“ in die Spree zu springen. Er hatte nur einige Schwimmstiche gemacht, als er vor den Augen zahlreicher Zuschauer untertaucht und nicht wieder auftauchte. Die Leiche wurde bisher nicht gefunden. Knitter, der unverheiratet war, soll das Wagnis im vergangenen Jahre schon einmal unternommen und mit Erfolg durchgeführt haben.

Ein dauerndes Leiden hat die 42 Jahre alte Schneiderin Pauline Gottschalk in den Tod getrieben. Sie wohnte in der Ritterstraße 34 seit fünf Jahren für sich allein. Am Sonntag hörte man sie laut schreien, und der Hauswirth sorgte dafür, daß ihr eine Schwester von der Jakobigemeinde geschickt wurde. Als diese am Dienstagvormittag die Kranke besuchen wollte, fand sie keinen Einlaß. Ein Schlosser mußte die Wohnung öffnen; die Bewohnerin lag in ihrem Bett mit einer Schnur um den Hals, die sie an einem Nagel der Wand befestigt hatte. Der Tod war bereits seit dem Tage vorher eingetreten.

Ein gefährlicher Fabrikbrand, der viele Menschenleben gefährdete, kam Mittwochvormittag gegen 6 Uhr in der Cellulosewarenfabrik von S. Hahn, Dresdenerstr. 82, zum Ausbruch. Das Quergebäude des zweiten Hofes ist in den beiden unteren Etagen zu Arbeitsräumen, in den oberen Stockwerken zu Lagerräumen eingerichtet. Die Fabrik beschäftigt weit über 100 Personen, meist junge Mädchen. Das Feuer entstand dadurch, daß eine elektrische Birne sich löste und auf einen mit fertigen Cellulosewaren bedeckten Tisch fiel. Im Nu stand der ganze Raum in Flammen, die unter dem Arbeiterpersonal eine große Panik erzeugten. Einige Aufseher hatten jedoch die Geistesgegenwart, die Bedrohten auf die Notausgänge zu verweisen. Da die Flammen bis zur Dachhöhe emporstiegen und auch in den oberen Stockwerken gindeten, so war die Situation bei Anbruch der Feuerwehr sehr kritisch. Während mit sechs Schlauchleitungen vorgegangen wurde, drangen Sappeure in die brennenden Räume, um sich zu vergewissern, daß alle Personen in Sicherheit gebracht waren. Da Leiden nicht gefunden wurden, ist jedenfalls niemand verunglückt. Die Ablösung erfolgte nach einer halben Stunde. Der verursachte Schaden ist erheblich.

Ein großer Brand in einer Fournage- und Getreidehandlung alarmierte Mittwochabend mehrere Löschzüge nach Greifswalderstr. 9. Hier lagert die Firma Müller u. Sohn in einem sehr langen fünfstöckigen Speicher große Mengen von Heu, Stroh und Getreide. Im Lauf des Tages waren noch verschiedene Heufuhrten abgeladen, während noch mehrere beladene Wagen auf dem geräumigen Hof standen. Gegen 7 1/2 Uhr stand ein Heubinder in einer Luke des zweiten Stocks, als er hinter sich eine Rauchwolke aufsteigen sah. Jedenfalls hatte sich das Heu selbst entzündet, und die Flammen züngelten dann schnell über den ganzen Raum. So daß bei Anbruch der Wehr dicker Qualm aus etwa zwölf Luken beziehungsweise Fenstern drang. Es wurden sofort noch Löschzüge nachbeordert, da man für die Sicherheit der angrenzenden Wohnungen fürchtete. Mehrere Rohre, darunter zwei von Dampfpistolen geblasen, gaben unaußergewöhnlich Wasser und schützten die Wohnungen, doch sprang das Feuer auch auf den 3. Stock des Magazins über. Die vollständige Ablösung zog sich bis nach Mitternacht hin und ist der verursachte Schaden beträchtlich, denn was nicht verbrannt, ist durch Wasser entwertet.

Aus den Nachbarorten.

Die Kreisconferenz für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim findet am Sonntag, den 19. August, nachmittags 2 Uhr, in Kummelsburg bei Herrn Weigel, Tärchindstr. 45, statt.
Adolf G a r t h, Kreis-Vertrauensmann.

Brick, Freitag, den 10. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet eine Versammlung des Volksbildungs-Vereins statt mit der Tagesordnung: Vortrag des Genossen Ratowski über: „Wie sollen wir uns ernähren, um uns vor Krankheiten zu bewahren?“
Der Vorstand.

Ablershof. Der Kampf gegen diejenigen Wirte, welche der Socialdemokratie ihren Saal zu Versammlungen zur Verfügung stellen, wird vom Amtsvorsteher v. Oppen fortgesetzt. Nachdem erst gegen Lindenhamm in Grünau die Konzeptionsentziehungsklage erhoben und ihr vom streitsauschuss stattgegeben wurde, ist am 6. d. M. auch dem Gastwirt Schmauser die Klage wegen Konzeptionsentziehung zugesellt worden. Die Begründung, welche dem Schriftstück beigefügt ist, enthält so viel Unrichtigkeiten, daß bei einer näheren Prüfung sofort die Unhaltbarkeit der erhobenen Klage zu erkennen ist.

Feuer in den Gießwerken am Teltower See. Als gestern mittag der Pfuhl-Direktor Herr nach Teltow heimkehrte, bemerkte er, daß der Gießkessel an einer Ecke brannte. Er benachrichtigte sofort die Feuerwehr in Teltow. Auch der Wehr in Groß-Nichtersfelde wurde Meldung gemacht. Um 12 1/2 Uhr wurde alarmiert und bereits um 12 Uhr 38 Min. begann der Abmarsch. Unser Wehr, welche die erste an der Brandstätte war, folgten nacheinander die Wehren von Teltow, Pantwitz, Mariendorf und Zehlendorf. Das Wohnhaus des Besitzers der Gießwerke, Kaasch, war in großer Gefahr, da der sehr unangenehme Ostwind die Flammen schon auf das Dach geführt hatte. Das Haus wurde rasch geräumt, der Dachbrand gelöscht. Die Flammen hatten mit ungeheurer Schnelligkeit bald das ganze Schuppengebäude erfaßt. In Zeit von zwei Stunden ragten nur noch verholzte Balken empor. Die wackeren Feuerwehrmänner waren eifrig bei der Arbeit und hatten bald einen großen Teil des brennenden Holzwerkes entfernt. Es war ein eigentümlicher Anblick: der brennende, weiße Eisberg und in allen Rigen und Fugen gierige Flammen. Der nahe Teltower See spendete massenhaft Wasser, so daß schnelle Hilfe geschafft werden konnte. Der Brand ist durch Unvorsichtigkeit entstanden. Ein erst kürzlich angenommener Eisfahrer legte in eine Ecke einen am Schuppen eine glimmende Cigarre. Dadurch geriet brennendes Gras in Brand; die Flammen ergriffen dann, durch den starken Wind getrieben, rasch das Gebäude. Der Mann, welcher ständig ist, wurde alsbald in Haft genommen.

Gerichts-Zeitung.

Zur Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in den hiesigen Krankenhäusern. Eine principiell wichtige Entscheidung erwarb die Ortskrankenkasse der Gastwirte in Berlin in einem Prozeß mit der königlichen Klinik zu Berlin.

Nach einer Verfügung des zuständigen Ministers ist vom 1. Januar 1900 ab für die hiesigen königlichen Krankenhäuser der Verpflegungssatz für die dort befindlichen Kranken von 2 M. auf 2,50 M. pro Person und Tag erhöht worden. — Die Kasse weigerte sich diese Mehrkosten auch für diejenigen Kranken zu zahlen, deren Aufnahme vor dem 1. Januar 1900 behufs Behandlung der Krankheit erfolgte, unter der Begründung, daß die damaligen Sätze maßgebend sein müßten bis zur Beendigung der Kur für die einmal aufgenommenen Kranken.

In dem von der königlichen Klinik angestrebten Prozeß schloß sich das königliche Amtsgericht dieser Annahme an und begründete dieselbe in dem Urteilstenor wie folgt:

„Parteien haben dadurch, daß Beklagte die Kranken dem Kläger zur Aufnahme anbot und Kläger sie annahm, einen Vertrag über Handlungen geschlossen. Kläger verpflichtet sich dadurch zu einer einheitlichen Leistung, also zu einem Werk zur Verpflegung und Behandlung der Kranken bis zu ihrer Genesung, er verpflichtet sich zur Wiederherstellung der Gesundheit der Kranken, es liegt eine Wertverdingung vor. Beklagte war durch den Vertragsabschluss verpflichtet, die zur Zeit der Aufnahme üblichen Verpflegungssätze zu zahlen. Damit ist unter den Parteien ein Vertragsverhältnis zu Stande gekommen, das keine derselben einseitig abändern darf. Kläger muß die Kranken zu dem bei der Aufnahme gültigen Verpflegungssatz bis zur Genesung verpflegen. Beklagte muß bis dahin den zur Zeit der Aufnahme gültigen Satz zahlen.“

Beklagte hätte seinen Ernährungsanspruch, wenn Kläger den Verpflegungssatz nachträglich herabgesetzt hätte und Kläger kann einen später erhöhten Satz nicht von der Beklagten verlangen, beide sind an ihren Vertrag gebunden. Demgemäß ist das nachträgliche einseitige Verlangen des Klägers, an Beklagte vom 1. Januar ab den erhöhten Satz zu zahlen, unberechtigt. Beklagte war nicht verpflichtet, die Kranken aus der Klinik zu nehmen, wenn sie den erhöhten Satz nicht zahlen wollte. Sie konnte aus dem geschlossenen Vertrage die Weiterverpflegung zum alten Satz verlangen. Es lag deshalb auch in dem Schweigen und Weiterbelassen der Kranken beim Kläger kein Einverständnis mit dem erhöhten Satz, es hätte zu dieser Vertragsänderung einer ausdrücklichen Zustimmung der Beklagten bedurft. Dies ist hier um so mehr anzunehmen, als Beklagte jedenfalls die Kranken Ende Dezember, also in der rauhesten Jahreszeit, nicht ohne Schaden für deren Gesundheit aus der Krankenanstalt herausnehmen konnte. Kläger hätte, wenn er sich den erhöhten Krankensatz vom 1. Januar 1900 ab sichern wollte, bald bei der Aufnahme dies zur Bedingung derselben machen müssen, nachträglich darf er die Erhöhung der Beklagten nicht aufzwingen.“

Der behabare Begriff des groben Unfugs war auch in einem Strafverfahren gegen den Restaurateur Karl Köhn zur Anwendung gebracht worden, und zwar auf Grund folgenden Sachverhalts: Am 20. Mai, als in der Gegend des Rosenbaler Thors einige Ausschreitungen verübt wurden, kam es nach 10 Uhr abends zu Menschenanmassungen in der Brunnenstraße. Die Polizei wollte den Lauf der zerschellen, wobei wieder Personen in die zunächst liegenden Schankstätten eindrangen, um dann später sich auf der Straße wieder anzusammeln. Der Polizeilieutenant Wegel erhielt den Befehl, mit 6 Schuppleuten sämtliche in der Brunnenstraße gelegene Lokale zu räumen. Das köhnische Lokal, welches durchwegs von anständigen, ruhigen Leuten besucht wird, befindet sich im Hause Brunnenstr. 4. Es war gegen 11 Uhr, als plötzlich der Polizeilieutenant mit den Schuppleuten das Lokal betrat. Wie die Jungs übereinstimmend bekundeten, sind die Beamten mit gezogenem Säbel hineingetreten. Der Lieutenant trat vor den hinter dem Schankstisch stehenden Wirt, rief ihm „Feierabend!“ zu und wandte sich dann mit den Worten „Kaus! Kaus!“ zu den Gästen. Köhn erwiderte: „Aber Herr Lieutenant, was ist denn los? Hier habe ich doch Feierabend zu genießen, ich habe Konzeption bis 1 Uhr. Die Gäste müssen doch erst zahlen, Sie zahlen doch für mich nicht die Miete.“ Der Polizeilieutenant erwiderte: „Sie scheinen mir ein netter Wirt zu sein und die Konzeption nicht zu verdienen.“ Er trieb dann die Gäste hinaus und wurde darin so kräftig von seinen Schuppleuten unterstützt, daß das Lokal in wenigen Minuten geräumt war. Durch die Einwendungen, die Köhn gegen die Maßnahmen des Lieutenants erhob, sollte er sich des groben Unfugs schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht sprach ihn frei, die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. Gestern fand Termin vor der achten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Müller statt. Der Polizeilieutenant behauptete mit aller Bestimmtheit, daß er und seine Beamten die Säbel erst im Lokale blank gezogen hätten, als sie befürchten mußten, auf Grund der Einreden des Wirts auf Widerstand zu stoßen. Die Entlastungszeugen blieben dagegen ebenso bestimmt dabei, daß die Beamten mit gezogenem Säbel in das Lokal getreten und überhaupt sehr brüsk aufgetreten seien. Der Staatsanwalt führte aus, daß die Freisprechung des Angeklagten keineswegs gerechtfertigt sei. Als Bürger und zumal als Wirt hätte er sich der polizeilichen Anordnung ohne Widerrede fügen müssen. Bei den schweren Folgen, die unter den damaligen Verhältnissen durch sein Verhalten hätten entstehen können, beantragt der Staatsanwalt eine Haftstrafe von 14 Tagen. Der Verteidiger, A. A. Dr. Schöps, widersprach dieser Auffassung aufs entschiedenste. Der Angeklagte, der ein ruhiges Publikum und keineswegs radaulustige Elemente in seinem Lokale hatte, durfte wohl so viel Zeit beanspruchen, daß die Gäste erst zahlen konnten. Dieser Fall zeige wieder, daß der Paragraph vom groben Unfug immer dann herangezogen würde, wenn es jätwer halte, ein Verhalten als strafbar zu bezeichnen. Er bitte das freisprechende Urteil zu befehlen. Der Angeklagte stellte noch den weitergehenden Antrag, die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen. Der Gerichtshof lehnte den letzten Antrag ab, verwarf aber die Berufung des Staatsanwalts. Das Verhalten der Polizei müsse als befugt und ordnungsmäßig angesehen werden, der Paragraph vom groben Unfug sei gegen den Angeklagten aber nicht anwendbar, denn es habe durch sein Verhalten keine unmittelbare Verletzung und Beunruhigung des Publikums stattgefunden. Es könne dahingestellt bleiben, ob die Anklage nicht von einem anderen Gesichtspunkte aus hätte erhoben werden können.

Der Straßenkravall in Hannover bildete abermals den Hintergrund einer Anklage vor der hannoverschen Strafkammer, die sich gegen 20 Personen richtete. Es handelt sich um die Vorgänge in der Nacht vom 9. zum 10. Juni. Sämtliche Angeklagte sollen sich im Sinne des Landfriedensbuchs- und des Ausfuhrparagrafen an der Zusammenrottung beteiligt haben, wobei einzelne der Angeklagten noch besonders hervorgetreten sein sollen. Die Beweisaufnahme bot ein sehr dürftiges Ergebnis für die Anklage. Vieles wurde konstatiert, daß die Polizei ganz planlos zu Verhaftungen gegriffen hatte und unimkehr bestimmte belastende Momente für eine ganze Anzahl der Angeklagten gar nicht vorgebracht werden konnten. Das Gericht verurteilte 7 der Angeklagten zu Strafen in Höhe von 6 Wochen Haft bis zu einem Jahr Gefängnis. Gegen zwei Angeklagte wurde die Verhandlung vertagt und die übrigen wurden freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen. Man sollte meinen, daß schon die Voruntersuchung dieses Ergebnisses zeitigen konnte, vor allem ist es unbegreiflich, daß die Angeklagten in Untersuchungshaft gehalten wurden. Der Prozeß dürfte der letzte gewesen sein, der infolge der Kravalle eingeleitet wurde. So weit zu übersehen, sind 42 Beurteilungen und 43 Freisprechungen erfolgt, während in etwa weiteren 40 Fällen das Verfahren eingestellt oder überhaupt nicht eröffnet wurde.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung, einberufen vom Wahlverein im sechsten Berliner Wahlkreis, tagte am Dienstagabend in den Aminussälen, Bremerstraße. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Kiesel dem dahingegangenen Genossen Lieblich einen tiefempfundnen Nachruf, der von der Versammlung lebhaft angehört wurde. In padenden Worten schilderte Redner die Thätigkeit des Dahingegangenen, die Charakterfestigkeit und die Opferwilligkeit desselben, der nicht davon zurückgeschreckt ist, alle Zeit Leben und Freiheit für die Sache des arbeitenden Volks in die Schanze zu schlagen. Alsdann hielt Stadtv. Ewald einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Das städtische Parlament und die Socialdemokratie.“ In der Diskussion sprachen Wald und Schlenker. Kiesel ermahnt im Schlußwort die Anwesenden, die Worte Lieblichs, die derselbe so oft gesprochen, zu beherzigen: Der sechste Wahlkreis solle dem Gegner zeigen, daß er nicht bloß die meisten socialdemokratischen Stimmen aufzubringen vermag, sondern daß derselbe auch in Bezug auf politische Organisation an der Spitze der politischen Arbeiterbewegung marschiert. Einer Pflichtenverletzung machen sich diejenigen Arbeiter schuldig, die der politischen Organisation fernbleiben. Die beste Wädigung der Thätigkeit unfreier verstorbenen Kämpfers würde es sein, wenn wir bei der Vergebung des parlamentarischen Erbes desselben dafür sorgten, daß sich die Zahl der abgegebenen Stimmen auf 70—80 000 steigert. Dazu ist aber die Vorbedingung die politische Organisation. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Socialdemokratie erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Die Luruspapier-Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Dienstag eine gutbesuchte Versammlung ab. Scherwat erörtere in einem einleitenden Referat die auf die Luruspapier-Branche bezüglichen Forderungen des neuen Buchbinderartikels. Im Anschluß zu den Ausführungen des Referenten schilderten die Redner die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Branche. Wochenlöhne von 16 bis 18 Mark für männliche, 5—7 Mark für weibliche, die alsdann mebenbei noch Heimarbeit verrichten, sind nichts Seltenes. Trotz alledem sind von den Tausenden dieser Berufsgenossen nur wenige organisiert, weshalb bei der allgemeinen Teilnahmslosigkeit derselben jeder bisherige Versuch einer Lohnbewegung scheiterte. Von einigen Firmen wurde erwähnt, daß deren Inhaber die von den Arbeitern eingehaltenen Strafzettel als Prämien für „gutes Betragen“ verwenden. Viele Vertrauensleute wurden einfach gemahregelt, um die übrigen Arbeiter einzuschüchtern. Gegenwärtig seien zwar die Aussichten für das Gelingen einer Lohnbewegung günstig, aber der Zeitpunkt sei veräunmt, weil der Höhepunkt der Lurusbranche ein besonderer Tarif erforderlich, daß für die Lurusbranche ein besonderer Tarif ausgearbeitet werde. Die Versammlung erklärte sich schließlich mit einer Resolution einverstanden, worin die Arbeiter und Arbeiterinnen der Luruspapierbranche aufgefordert werden, sich dem Deutschen Buchbinderverband anzuschließen. Ferner sollen in nächster Zeit überall Verstatteversammlungen einberufen werden, um die Forderungen über die Aufstellung eines neuen Tariffs zu besprechen.

Vor Beginn der Tagesordnung ebten die Anwesenden das Andenken Wilhelm Liebknechts durch Erheben von den Sigen.

Der Centralverein der Bureau-Angestellten hatte seine Mitglieder am Donnerstagabend nach Dräseln Feststätten zu einer Versammlung berufen. Hans Radtzig hielt einen Vortrag über die Möglichkeit, die Verbesserung der Lebenslage der Berufskollegen durch die Gewerkschaftsbewegung zu erreichen. Reicher Beifall lobte dem Redner für seine Ausführungen. In den weiteren Punkten der Tagesordnung wurde die Votfrage und eine Angelegenheit der Krankenkasse erörtert. Am Schluß der Versammlung wurde noch aufmerksam gemacht auf ein Schreiben eines älteren Kollegen, welcher die Berufsverhältnisse der Bureau-Angestellten in einer größeren Stadt Schlesiens schildert und aus dem folgende charakteristische Daten hier angeführt seien:

„Ich bin ein alter Bureauvorsteher — seit dem 1. Juni 1894 — und zwar war ich als solcher in Markflisa, in Rentwid a. N., in Dirschberg, Potsdam und seit 1892 hier in G. Aber überall dasselbe Elend. Ausbeutung der Schreiber überall zum Nutzen des Prinzipals, d. h. Hungerlöhne, während der Prinzipal reich wird. Meine Gehälter als Bureauvorsteher betragen 60, 80, 100 und 120 M. pro Monat; mein Potsdamer Chef hatte eine Rein-Einnahme von mindestens 36 000 M. und zahlte seinem Bureauvorsteher bare 1440 M. In meiner jetzigen Stellung habe ich ja ein höheres Gehalt, so daß man damit gerade auskommen kann, aber um etwas zu ersparen, dazu reicht es nicht.“ Hier in G. sind 21 Anwälte und 6 Gerichtsvollzieher. Bei 2 Anwälten sind über 10 Angestellte, bei 6 Anwälten etwa 5—8 Angestellte. Die Gehälter der Bureauvorsteher sind bei einem Anwalt über 200 Mark per Monat, bei einem Anwalt 200 Mark, bei 2 oder 3 Anwälten 150 bis 200 Mark, bei einigen 120 bis 150 Mark, bei den andern unter 120 M. Die Lebensverhältnisse sind nicht billige. Die Mieten sind teuer, ebenso Fleisch usw. Schulgeld in der Mittelschule 40 M. pro Kind und Jahr. Ich bin bei einem Anwalt mit 10 Angestellten, 1350 Prozesse pro anno, habe aber ein Gehalt von 200 M. noch nicht und glaube ein solches auch kaum zu erreichen, denn mein Chef schreibt Verdienen groß. Als Gehilfen habe ich einen Mann von 25 Jahren, verheiratet, 1 1/2 Jahre bei dem jetzigen Chef. Dieser erhält sage und schreibe 75 Mark pro Monat. Der Mann ist gut und arbeitet tüchtig. Ist das eine Bezahlung? Mein Chef hat eine Reineinnahme von 20—28 000 M. und legt für sein Bureaupersonal etwa 6000 M. an. Davon sollen 16 Menschen leben, während er allein mit Frau und einem Kind 26—28 000 M. hat.“

Charlottenburg. Die am Dienstagabend in der Gambrius-Brauerei tagende Parteiversammlung gestaltete sich zu einer Trauerfeier für den Genossen Wilhelm Liebknecht. Reichstags-Abgeordneter Jubel hatte einen Vortrag über die Thätigkeit des Reichstags zugewandt; mit Rücksicht auf den Trauerfall fiel der Vortrag aus. Statt dessen widmete Jubel dem Andenken des Verstorbenen einen warm empfundenen Nachruf, den die Versammlung lebhaft anhörte. In die Familie Liebknechts wurde ein Beileidstelegramm abgeandt. Mit der Vertretung der Partei an der Beisetzung wurden die Vertrauensleute, der Vorstand des Wahlvereins und die Stadtverordneten beauftragt.

Von den auf der Tagesordnung stehenden Punkten wurde nur der wichtigste, die Wahl der Delegierten zur Kreisconferenz, erledigt. Gewählt wurden Baasche, Paake und Fr. Vogel.

Verband deutscher Barbier, Friseur u. (Zweige) Berlin, Donnerstag, den 9. d. Mts., abends 10 1/2 Uhr, Holenthaletstr. 37 bei Schiller, Versammlung. Vorträge des Kollegen Schilling.

Schlächter! Heute abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in...

Vereinskalendar.

Arbeiter-Bildungsschule, Neue Mohrstr. 3. Donnerstag: Bibliothek...

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender:...

Arbeiter-Nachwuchsverein Berlin. Jeden ersten Donnerstag im...

Arbeiter-Turnerbund. Donnerstag: Turnv. Friedrichs, Berlin...

Vermischtes.

Der Brand der Grube 'Jise' bei Zeuzenberg hat, weil es an Wasser zum Löschen mangelte, noch an Ausdehnung zugenommen...

Kritische Kirchenvorleser. Herr Halbers, Pastor der reformierten Kirche zu Eiburg...

Marktpreise von Berlin am 7. August 1900. Weizen, gut, 14.40; Roggen, gut, 14.40; Gerste, gut, 14.40...

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 8. August 1900. Auf...

Verkauf und Tendenz. Vom Viehmarkt sind reichlich 200 Stück un verkauft...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und...

Wetterausblick vom 8. August 1900, morgens 8 Uhr.

Table with weather forecasts for various stations including Berlin, Potsdam, and others.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 9. August 1900. Zeitweise heiter, vielwolbig...

Fliesenleger!

Freitag, den 10. August, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz...

Theater advertisements including Theater, Schiller-Theater, Carl Weiss-Theater, Apollo-Theater, Metropo-Theater, and Berlin nach Elf.

Theater advertisements including Schiller-Theater, Carl Weiss-Theater, Apollo-Theater, Venus auf Erden, and Metropo-Theater.

Theater advertisements including Urania, Passage-Panopticum, Marokkaner, and Puhlmanns Vaudeville-Theater.

Theater advertisements including Thalia-Theater, Sanssouci, Victoria-Brauerei, and Reichshallen.

Theater advertisements including W. Noacks Theater, Prater-Theater, and Deutsche Konzert-Hallen.

Theater advertisements including Arbeiter-Sängerbund, Kretschmer, Ostbahn-Park, and Für 30 Mark.

Schweizer-Garten.

Am Königsthor. - Halle des elektr. Ringbahn. - Am Friedrichshain.

Täglich:
Konzert, Theater, Ballett, Specialitäten-Vorstellung, Ball.
 Clown Tanti
 Dressierte Affen u. Dunde
 Miss Olga
 Kraftjongleuse
 Elly Groné
 Canionette

Patty-Frank-Truppe
 6 Berl. Part. Akrobaten.
Fritzi Desirée
 Feuer- u. Blumencanz.
Herm. Perteis
 Sub-Quadrillist.

Catrin-Ballett
 ausgeführt von 7 Damen.
Emil Völz
 Tanzhumorist.
Franzi Held
 Wiederlängerin.

Im Witwen-Berein. Lustspiel.
Weier mit'n ? Poffen-Burleske.
Die lustigen Weiber. Operette.

Täglich abends 10 Uhr:
China im Feuer.
 Kriegsschauspiel in 4 Akten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Klem's Sommer-Theater

Hallenstraße 13-15.
 Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich:
Grosses Doppel-Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: Sommerfest. - Mittwoch: Die bestbeten Kinobühne. - Donnerstag: Elite-Tag.
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
 2 hochelegante Regalbahnen, Wärselbahnen, Konditorei, Blumenstand etc.
 Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
Max Klem.

Centralverband der Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Berlin.
 Sonnabend, den 11. August, in Kellers Festsaal (gesamte Räumlichkeiten), Köpenicker Straße 29:

Feier des 17. Stiftungsfestes

Großes Konzert. Specialitäten-Unterhaltung.
 Ueberraschungen. Berliner Uk-Trio. Festrede.
 Kaffeepause. Nachdem: Gr. Sommernachtsball.
 Während des Programms im oberen Saale: Tanz.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Garderobe 15 Pf. Kaffee 40 Pf.
 Billets sind bei den Zahlstellen-Kassierern sowie im Bureau, Straßburger Straße 48, und bei folgenden Kommissionsmitgliedern zu haben: A. Graupe, Vanger 36, vom 2. Tr. bei Dörschel; Hermann Diederl, Währschütz 8; Emil Schulz, Kreuzberg 4, Quergeb. 2 Tr.; Wilhelm Wändow, Wölgel 16, Quergeb. 1 Tr.; Reinhold Kude, Jagowstr. 11, Stn. 4 Tr.; Fritz Vidt, Brannenstr. 55; Paul Kurat, Neue Döbberstr. 39, I. Quergeb. 1 Tr.; Albert Buchmann, Velfortstr. 16, vom 4. Tr.; Wilhelm Lenz, Bergengrabenstr. 56, 4 Tr.; Ernst Gauert, Seidenfeldstr. 16, Hof 1 Tr.; Emil Gröschel, Urbanstr. 34.
Achtung! Es feiern bei dieser Gelegenheit das älteste Verbandsmitglied, Hermann Pagst, das festsitzende Fest des 50jährigen Gedenk-Jubiläums.
 Es ladet die Kameraden, deren Familien und Freunde ein, recht zahlreich teilzunehmen.
Das Komitee.

Centralverband der Maurer Deutschlands

Filiale Berlin I (Putzer).
 Sonnabend, den 11. August er., im „Schweizergarten“, Am Königsthor:

X. Stiftungsfest

verbunden mit 134/14
Specialitäten-Vorstellung, Konzert, Gesangs-Vorträge und Ball.
 Kaffeeöffnung 3 Uhr. Anfang der Konzerte 4 Uhr.
 Billets sind bei sämtlichen Vorstands- sowie Kommissions-Mitgliedern und im Bureau, Köpenickerstr. 57, zu haben. Herren 50 Pf., Damen 35 Pf. Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 3 Uhr an geöffnet.
 NB. Das Bureau ist am Sonnabendnachmittag geschlossen.

Achtung! Böttcher und Arbeiter Berlins.

Sämtliche Brauereien haben unsere Forderungen bewilligt.
Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Hof 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Freitag, 10. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Hof 15:

Sitzung der Orts-Verwaltung

mit den Bezirksleitungen und Agitationskommissionen.
 Sonntag, 12. August, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Hof 15: 114/20

Versammlung der Heizungs-, Gas- und Wasser-Rohrleger und Helfer.

Tagesordnung: Berichterstattung über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmern und Beschlußfassung über den event. Eintritt in den Streik.
Die Ortsverwaltung.

W. Noacks Festsäle, Brunnenstr. 16.

Empfehle meine Säle für Vereine und Gesellschaften unter günstigen Bedingungen. Auch sind noch Sonnabende im Monat Oktober, November und Dezember zu vergeben. [2233b*]
 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahner Wolf, Leipzigerstr. 150. Sprechst. 9-7

Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Räder, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Feiseure.
 En gros - Detail. 6001L*
D. Wurzel & Co.,
 Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

Wichtig für Schneidermeister!

Räumungs-Ausverkauf
 von Tuchen, Buckskins, Kammgarn wegen Geschäftsverlegung nach Spandauerstrasse
Max Friedländer jr.
 Poststrasse, Ecke Holkenmarkt.

Bevor man zum Kauf eines Rades, oder von Radfahrer-Kleidern als Internen, Gloden etc. schreibt, ist es empfehlenswert, den Preisverkauft der Firma Deutsche Fahrrad-Industrie Richard Driessen, Hannover, zu verlangen, welcher einem jeden auf Wunsch kostenfrei zugesandt wird.
 von 3 M. an, vorzüglich. Zähne plumbieren schmerzlos. Schmerzlos Zahnziehen. Goldstein, Oranienstr. 123. *

Natur-Heilverfahren.
 Haut-, Horn- u. Wundenleiden.
 Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Verunreinigung [5212]*
R. Wagner, (fr. Wallstraße 23.)
 9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Chronische Leiden
 jeder Art ohne Verunreinigung.
 Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r.
 9-3, 5-9, Sonntag 9-7. *
 Arbeitern 20 Proz. Ermäßigung.

Schlackwurst halbbart a Pfd. 85 -
 Schinkenwurst prima hart 95 -
 Speck, hiesige Schmalz-tung, mager 65 -
 Speck, fett, 55 -
 Sandhühner, echt 90 -
J. Striepling, Straße 163.
 2. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Bettfedernreinigung
 elektrischer Betrieb.
 Grüner Weg 3, 49309
Hauschild & Kottwitz.

Schultze,
 Wasserthorstr. 1/2, I.
 Behandlung aller Haut-, Horn- und Wundenleiden ohne jegliche Verunreinigung. 3073L*
 Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
 Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.
 Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

Arbeiter Berlins!

Von den Hinterwälder Cigarrenfabrikanten haben die Lohnforderungen der Arbeiter be-willigt: H. Sporn, Dietrich (Hansack Nachf.), K. Weigel, R. Kühr, W. Enligk, O. Wessyl, R. Reinke, G. Franz, F. König, H. Müller, A. Hurras, R. Bär, Reinhold-Kaiser, Karl Uhlich, Adolf Hartung, Paul Winkler, Max Püschel, Curt Lehmann, Adolf Hoyer, Curt David, Wilh. Bömchen.
 Bei der Firma Adolf Southert haben die Arbeiter auf neue die Arbeit niedergelegt, weil sie in Gefangung gebracht, daß die Fabrikate für eine noch geringere Summe bestimmt waren.
 Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.
 Von jetzt ab steht dieses Inserat nur Donnerstags und Sonntag im „Vorwärts“.



Schuh-Stiefel „Vorwärts“

ges. gesch. unter No. 137 335
 wichtig für jeden Herrn, der auf bequemes, leichtes und dauerhaftes Schuhzeug Wert legt:
Preislagen Mk. 4,90 bis 11,90.

Dieser Stiefel wird infolge des D. R. Masterschutzes nur in unserer Fabrik hergestellt und verkaufen wir denselben, unter Garantie der Haltbarkeit - direkt an das Publikum - in unseren eignen Detail-Geschäften.

Deutsch-Amerikanische Schuhfabrik

G. m. b. H. 5820L*
 Gr. Frankfurter Str. 103, Rosenhaler Strasse 42,
 Oranien-Strasse 162, am Hackeschen Markt,
 Müller-Strasse 3, Wilsnacker Strasse 10,
 Moabit, und vom 1. November ab Brunnen-Strasse 75.

!Ausschneiden!

Gültig 4 Wk.!
 Künstl. Zähne von 3.-M. an in tabellarischer Aufzählung. [5082]*
Guckel, Laufiger Platz 2.

Heilung

aller Haut-, Horn-, Wundenleiden ohne Verunreinigung 31jährige Erfahrung.
Harder senior, Elsass-Strasse 20,
 Sprechst. 9-1 u. 5-9 1/2, Sonntag 9-2. 843*

Möbelstoffe!

alle Qual. selten billig!
 Gelegenheitskauf:
 Moquette, Plüsch 5,35 M. per Meter (130 cm breit). [4881]*
 Muster b. näherer Angabe franco.
Korlin S. Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Zweite-Lotterie

zur Erhaltung des Siebengebirges

Ziehung 22. August u. folg. Tage zu Köln. 300,000 Loose.
15.000 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug:

- 1 A 125 000 M.
- 1 A 75 000 M.
- 1 A 50 000 M.
- 1 A 25 000 M.
- 1 A 10 000 = 10 000
- 5 A 5 000 = 25 000
- 5 A 2 000 = 10 000
- 15 A 1 000 = 15 000
- 20 A 500 = 10 000
- 50 A 200 = 10 000
- 100 A 100 = 10 000
- 300 A 50 = 15 000
- 1500 A 20 = 30 000
- 13000 A 10 = 130 000

Siegen-Loose 1 Ganzes 4 M., 1 Halbes 2 M.
 Porto und Liste 30 Pf. extra, versendet auch unter Nachnahme der General-Vertrieb: Bankgeschäft

Lud. Müller & Co.

in Berlin, Breitestr. 5.
 Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
 Wegen Übernahme größerer Restaurationsverträge gangbare Schaumwein-Geschäft. Gothenstraße 36, Schöneberg. 1105*
 Global verkauft, Inventarpreis, Poisson, Neue Hochstraße 26. 1019*
 Wirtsgeschäft mit Kasse verkauft Krüger, Währstr. 163a. 1178*
 Elegante vorjährige Herrenhosen feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.
 Betten, Steppdecken, spottbillig Verkaufshaus Reanderstraße 6.
 Remonteurarbeiten, goldene, Regulatoren, spottbillig Verkaufshaus Reanderstraße 6. 25/12*
 Teppiche, Gardinen, spottbillig Verkaufshaus Reanderstraße 6.
 Teppiche mit Bordeseffern, Gardinenverlage Große Frankfurterstraße 9, partierre. 1138*
 Großes Lager von Berliner Wärsel- und auch Schürzen in jeder Größe für Handarbeiter hält auf Lager Krüger, Währstr. 163a. 1178*
 Manier! Filzbreiter, auch ganze Tafeln, stets vorrätig Gut-Bazar, 61, nur Potsdamerstraße 61. Bitte anschauen. 1544b*

Nischbaumstiel, ganze Wirtschaft, spottbillig, auch einzeln, Gartenstr. 32A, I. links. 1141
Möbelverkauf zu soliden Preisen, auch Teilzahlung. Kömer, Sebaltenstraße 81. 2202b
Wärselabrikt, Oranienstraße 24, Wärselstunde 27, Spiegelstunde 24, Rückenstunde, Ruberbetten, Hochlehnstühle 5, Kleiderstühle, Wärselstühle, Auszugstische 15, Säulentrumeau, Wärselstühle, Normantelstühle 27, Wärselgarnituren 95, Vaneelsofa 75, Vollständige Einrichtungen allerbillig. Preislisten Teilzahlung unter folgenden Bedingungen. 2212*
Damenbänke billig hält, Weinbergweg 13b. 918b
Fahrrad, gut erhalten, verkauft preiswert Schulze, Hagenauerstraße 14.
Halbrenner 155 Mark, Touren-maschine 125 Mark, Damenrad 150 Mark, Bouffard 10 Mark, jedes ein Jahr Garantie. Matern, O. Eisenbergstraße 24. 1181*
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung. Lager vierhundert Maschinen, Wärselrenner, 18 Pfund, Strohenrenner, Luxus-Damenräder, Zweifacher, Hinterräder, Aufhängewagen direkt aus Fabrik „Imperial“ Diefenbachstraße 33. 12408*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, auch neu und unbenutzt, nebst, ohne Anzahlung, wesentlich 1 Mark. Lieferung sofort, Postkarte. Land-berger, Landsbergerstraße 35. Kein Boden. 1129*

Abeliner Feld, Gartendünen, Tische, Stühle, Bänke, Spaten, Billig, Karl Kaufmann, Wärselhofstraße 19, am Urban. 12118*
Stange, eine Mark, junge, lernen sprechen, preiswert. Oranienstraße 87, Bogelhandlung. 10985*
Bayrisch Bier 45, Weißbier 50 Flaschen 3 Mark Andreasstraße 63, Brauereiverband. 2109b
Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, partierre.
Vermischte Anzeigen.
Elektrotechnik, Jackson, Alte Jakobstraße 24. Neuer Abendkurs zur Ausbildung zum Elektrikmonteur in Theorie und Praxis nach bewährter Methode beginnt 1. Septbr., Vertennnisse nicht erforderlich. Anmeldung täglich, auch Sonntag. 2072*
Rechtsbureau, Andreasstraße 63 neben „Concordia“. Gewissenhafter Rechtsbeistand. 2164b
Rechtschank erteilt Enabst, Sup- pinnenstraße 41. 1170*
Unfallkosten, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puffer, Steglitzerstraße 65. 1909*
Rechtsbureau, Andreasstraße 63 (Concordia). Gewissenhafter Rechtsbeistand. 2277b
Rechtsetzung! Wer sich über diese rechtliche Voraussetzung unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Reichsverbandes gegen Vorkommnisse, welche unentgeltlich versendet werden vom Verein für Recht und Gerechtigkeit, Berlin, Köpenickerstraße 108. Um gültigen Niedersatz wird gebeten. 2044b

Photographie, 8 Bild, 1 Kabinett 2,50 Mark. Familiengruppen, Kinder gleiche Preise. Graf Dering, Schönehauser Allee 146. 11708*
Wolfin, Klavier, Wifson, Gello- Unterricht, monatlich 4 Mark, Oranienstraße 118.
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof partierre. 2287b
Fahrräder repariert Zimmer, Andreasstraße 70. 10806*
Uhren repariert Klade, Uhrmacher, Brunnenstraße 53, Laden. 1170*
Fahren jeder Art fährt billig Otto Dornel, Hedemansstr. 2, Köpenickerhandlung. 982b
Privat-Wittigstisch, Herren 60, Damen 35 Pfennige. Oranienstr. 178, I.
Vereinigungszimmer, kleiner Saal, mehrere Tage, auch Sonntag, zu vergeben. Gold, Große Frankfurterstraße 133. 1160*
Vereinigungszimmer empfiehlt Vier Alte Jakobstraße 119. 1288K*
Großes Vereinigungszimmer zu ver- geben. Sonder, Adolfsstraße 158. 1 Saal und Vereinigungszimmer empfiehlt Hannsahl, Anfeilerstraße 10. 12088*

Zimmer.
Freundlich möbliertes Zimmer für 2 Herren sofort zu vermieten. Forsterstraße 54, Übergabebäude III, bei Witwe Köhler.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, werden werden abgeholt und zurückgeliefert. Glaser, Wärselstraße 27. *
Eine Frau sucht Wäsche Stallstraße 6, Übergabebäude III links. 2278b
Stellenangebote.
Drucker für Französischen ver- langt Blum, Louiseufer 44. 2275b
Einpader verlangt Kog Remhard, Goldbleichenstraße, Schleißerstraße 31. 2271b
Gebirge Rausfeld auf wattierte Rämpfe Königsbergerstraße 17. 2274b
Gebirge Knabenjaden, und Blasen- näpferin verlangt Ludwig, Schleißerstraße 5, IV. 2279b
Lehrmädchen für Lager gegen monatliche Vergütung von 29 Mark sucht sofort Hilgshausstraße 10, Wärselbergerstraße 92. 2270b
Wilson-Fabrikanten auf Wäsche verlangt Sid, Langestraße 97. 12178b

Karton-Arbeiterinnen, auch außer dem Hause, verlangt Tappert, Köpenickerstraße 14. 129/10
Patent-Gummi-Arbeiterinnen, möglichst gebildet, bei hohem Lohn gesucht. Gummi-Fabrik, Wärselstr. 70/71.
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Fund hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Seite
Achtung! Parkettleger, Bauhandwerker!
 Die Herren Görlitz-Classen, Bendix Schue, die Weissen-seer Holzbearbeitungs-Fabrik, Genossenschaft mit beschr. Haftung, Passauer Parkett-fussboden-Fabrik (Vertreter Kohlfeld), Pieck (Vertreter Schüttke) sind gesperrt!
 Die Kommission.
Achtung Bautischler.
 Im Baugebiet von Glasenapp, Köpenickerstraße 3, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
 Zugang fernhalten!
 Die Ortsverwaltung.
Zu der Marmorwarenfabrik von Rudolf Häger, Wärselstraße 37, (und Vorkaufsstellen) ausgedrungen.
Zuzug fernhalten!
 275/3) Der Vertrauensmann.